

ZUSAMMEN



My body, my choice // 5

HOMO SACER - Eindrücke aus Moria // 7

30 Jahre Wiedervereinigung // 10

Vorbilder-Interview: Ferda Ataman // 18

Unsere RBGs // 20

Illustration: Philip Heider

Wie das Coronavirus uns zusammenbringt

Die Pandemie könnte die Krise sein, die die Menschheit gebraucht hat

Trotz allem gewohnheitsmäßigen Genörgel: Die gemäßigten Mehrheitsregierungen der westlichen Welt haben sich im vergangenen Jahr hervorragend geschlagen. Die Radikalen, Populisten, narzisstischen Besserwisser-aber-Nichtsköner sind verstummt oder haben – sofern ihnen der Griff nach der Macht bereits gelungen war – kläglich versagt: Von den AfD und „Front Nationals“ hört man nichts mehr, der unsägliche Matteo Salvini ist verschwunden. Boris Johnsons „Brexiteer“-Regierung hat sich mit ihrem Zickzack-Kurs zum Gespött nicht nur des britischen liberalen Establishments gemacht. „The Donald“ hat so dramatisch versagt, dass selbst umfangrei-

che Propaganda, Demokratiemanipulation und Parlamentssturm, das letzte Aufgebot des rassistischen alten Amerikas, und selbst Wladimir Putin ihn nicht mehr retten konnten. Unsere Bundeskanzlerin hat hingen ihr Meisterstück abgeliefert: Dr. Angela Merkel wird als größte Regierungschef*in der deutschen Geschichte eingehen. „Spaltung is out, zusammen is in“ – auch wenn der Trumpismus das immer noch nicht wahrhaben will.

Wir, die globale Schicksalsgemeinschaft, halten zusammen

Überhaupt verspürt die Solidarität Frühlingsluft. Noch während die Leichenberge im Weltkrieg gegen das Virus wachsen, sprießt zwischen den Gräbern das Gemeingefühl. Die Seuche, die vorhergesagt, aber nicht erwartet wurde, ist die Krise, die zeigt,

dass wir eins sind. Wir, die ganze Menschheit, sitzen im selben Boot. Was irgendwo auf der Welt passiert, ist kein isoliertes Ereignis mehr, es betrifft uns alle. Ein hochinfektiöser Erreger, der in einem Land auf eine*n von uns überspringt, kann innerhalb weniger Wochen das Leben jedes Menschen auf dieser Erde verändern. Wenn Dänen in Zukunft Nerze quälen, müssen sie damit rechnen, dass sie damit New Yorker Yuppies, ruandischen Grundschulkindern und brasilianischen Pensionären die nächsten zwei Jahre versauen. Anschaulicher wurde uns die globale Schicksalsgemeinschaft nie vor Augen geführt. Das ist ein Grund, wenn nicht zur Freude, dann doch zur Hoffnung.

Die Pandemie beweist, dass wir nicht bloß gemeinsam leiden. Sie zeugt davon, dass wir gewinnen können, wenn wir zusammenar-

beiten. Die Entwicklung von Impfstoffen in Rekordzeit hat gezeigt, was erreichbar ist, wenn wir zusammen Wissen schaffen und teilen, wenn wir gemeinsam denken und zusammenhalten. Der britische „Economist“ beschreibt es so:

„The coronavirus has also revealed something profound about the way societies should treat knowledge. Consider how Chinese scientists sequenced the genome of SARS-COV-2 within weeks and shared it with the world. The new vaccines that resulted are just one stop in the light-speed progress that has elucidated where the virus came from, whom it affects, how it kills, and what might treat it.“

Die Staaten und Unternehmen dieser Welt haben nicht nur ihr Knowhow geteilt. Sie haben gemeinsam den internationalen

Fortsetzung auf Seite 3

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Ein außergewöhnliches Jahr liegt hinter uns. Für viele war es voller Herausforderungen. Wir mussten lernen, nicht nur digital zu arbeiten, sondern uns trotz Maske und Abstand irgendwie nah zu sein. ZUSAMMEN ist zum geflügelten Wort geworden, zur Projektionsfläche eines gesellschaftlichen Ideals in schweren Zeiten.

In unserem Call for Papers zitierten wir Bertolt Brechts Solidaritätslied:

*Wollen wir es schnell erreichen,
brauchen wir noch dich und dich.
Wer im Stich lässt seinesgleichen,
lässt ja nur sich selbst im Stich.*

In dieser Ausgabe setzen sich unsere Autorinnen und Autoren einerseits kritisch mit dem Ruf nach (mehr) Zusammenhalt auseinander; ebenso berichten sie über ihre Beobachtungen in Deutschland, in Europa und zwischen den Generationen. Wir erinnern uns an den Mauerfall und feiern 30 Jahre Wiedervereinigung. Aber verlieren nicht den Blick nach vorne aus den Augen, wenn beispielsweise *Mario Lootz* Wasser als Rohstoff der Zukunft preist. Und uns eine Warnung mit auf den Weg gibt, dass wir die Klimakrise nur zusammen bewältigen können. Ebenfalls beschäftigen wir uns mit der wissenschaftlichen Perspektive zu diesem Thema. Dazu haben wir *Stephan Vopel* von der *Bertelsmann-Stiftung* interviewt, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt erforscht. Auch unter den Studierenden wird Zusammenhalt gelebt. Wir können uns besonders glücklich schätzen, dass unser Alumnus und Fotograf *Arian Henning* der PuG eine Fotostrecke mit eindrücklichen Bildern aus dem abgebrannten Flüchtlingslager Moria zur Verfügung gestellt hat. Sie mahnen zu einer Reflexion über die Rolle Europas und die Solidarität mit Geflüchteten. Und *Philip Heider* illustriert mit seinen Zeichnungen eindrücklich die politische Spaltung der amerikanischen Gesellschaft.

In dieser Ausgabe findet ihr auch wieder ein neues „Vorbilder“-Interview. Lasst euch von unserem Gespräch mit der Journalistin *Ferda Ataman* über Diversität und die Rolle des Journalismus inspirieren.

Für uns persönlich bedeutet auch die PuG eine ganz besondere Art von Zusammenhalt. Danke, für die starke Zusammenarbeit in einer so lebendigen Redaktion – die jahrgangs- und uniübergreifend jede Ausgabe voller Eifer unterstützt hat. Aber die Zeitung lebt nicht nur allein von unserem Redaktionsteam, nein, auch unsere breite Autoren- und Leserschaft gehören zur PuG – und bilden damit eine einzigartige Gemeinschaft, reich an Ideen und Inspiration.

Die 25. Ausgabe soll nun ein ganz besonderer Wendepunkt sein: Nach Umgestaltung und nationaler Auszeichnung ist es an der Zeit, den Chefposten zu räumen und den Stab an die nächste Generation weiterzugeben. Aber wie auch die Themenwahl für unsere Abschlussausgabe vermuten lässt: Wir lassen die PuG nicht allein, sondern bleiben ihr weiterhin als Teil der Redaktion verbunden. Unseren Nachfolgerinnen und Nachfolgern wünschen wir viel Erfolg und vor allem Spaß bei der Gestaltung dieses Teils unseres Campuslebens – und hoffen natürlich, dass ihr, liebe Leserinnen und Leser, unserem Blatt weiterhin treu bleibt! Wir haben gerne für euch geschrieben, lektoriert, gestöbert ... Danke für eure Ideen, Beiträge und die großartigen Gespräche beim Verteilen.

Wir wünschen euch eine spannende Lektüre und vor allem in diesen langatmigen, nicht ganz einfachen Zeiten viel Kraft und alles Gute für das neue Jahr! Bis bald – oder wie man in Hamburg ganz einfach sagt: Tschüss!

*Eure
Isabelle und Anna*

Dear readers!

An extraordinary year lies behind us. For many, it was full of challenges. We had to learn not only to work digitally, but somehow to be close to each other despite wearing face masks and keeping our distance. TOGETHER has become a common word, but also a blank canvas for a social ideal in difficult times.

In our call for papers, we quoted Bertolt Brecht's *Song of Solidarity* (Solidaritätslied):

*Wollen wir es schnell erreichen,
brauchen wir noch dich und dich.
Wer im Stich lässt seinesgleichen,
lässt ja nur sich selbst im Stich.*

*If we want to reach it fast,
we still need you and you.
He who abandons his own kind
leaves only himself in the lurch.*

In this issue, our authors take a critical look at the call for (more) social cohesion and togetherness. For example, they share their observations in Germany, in the European Union and between different generations. We remember the fall of the Berlin Wall and celebrate 30 years of Germany's reunification. But we do not lose sight of the future when *Mario Lootz* praises water as the most important raw material and gives us a warning that we can only overcome the climate crisis together.

We also offer a science perspective on the topic: we interviewed *Stephan Vopel* from the *Bertelsmann Foundation* who researches social cohesion.

Social cohesion is also a concept lived by students. We are particularly fortunate that our alumnus and photographer *Arian Henning* has provided our newspaper with a photo series of powerful images from the burned-down refugee camp Moria. They urge us to reflect on the role of Europe and solidarity with refugees.

In this issue you will also find a new „role model“ interview. Get inspired by our conversation with journalist *Ferda Ataman* about diversity and the role of journalism.

For us personally, PuG also means a very special kind of togetherness. Thank you for the strong collaboration to our vibrant editorial team which has eagerly supported every issue. This newspaper draws its life blood not only from its editorial team, however, our broad authorship and our readers are also a vital part of PuG – and thus, together we form a unique community, rich in ideas and inspiration.

The 25th issue marks a very special turning point: After redesigning the journal and winning a national award, it is time for us to vacate the chief post and pass the baton to the next generation. But as the choice of topic for our final issue suggests: We are not leaving PuG but will remain connected to it as part of the editorial team. We wish the new editors in chief success and, above all, fun as they shape this part of our campus life in the future - and, of course, we hope that you, dear readers, will remain connected to our paper!

We have enjoyed writing, editing, and browsing for you... Thank you for your ideas contributions and the great conversations.

We wish you an exciting reading experience and especially, in these difficult times a lot of strength and all the very best for the new year!

See you soon – or as we say in Hamburg: Tschüss!

*Yours
Isabelle and Anna*

INHALT

1 Titelstory: Wie das Coronavirus uns zusammenbringt

Politik

- 4 Eine europäische Politik ohne europäische Gesellschaft
- 5 Meine Gebärmutter ist kein Gotteshaus
- 6 Wenn es „Führung“ gäbe, wäre sie weiblich
- 7 HOMO SACER – Eindrücke aus Moria

Gesellschaft

- 10 Genormt, entschleunigt, endlich
- 11 Vom Wert der Einheit
- 12 Der Gesellschaft den Puls fühlen
- 14 The Young and Damned
- 15 „Zusammen!“ und was übrig bleibt
- 16 Black Lives Matter.
- 18 Vorbilder-Interview: Ferda Ataman

Recht & Wissenschaft

- 20 Unsere RBGs
- 21 Wasserstress

Kunst & Kultur

- 22 Drei Kaffee
- 22 Kastanienkönigin
- 22 (Missing) Allyship
- 23 Das Damengambit

POLITIK

Verkehr und Handel auf Krisenmodus umgestellt. Sie haben sich gegenseitig bei den erfolgversprechendsten Maßnahmen beraten, um Gesundheitsschutz und Wirtschaftsrettung in schonenden Ausgleich zu bringen. Sie haben einander tonnenweise Schutzausrüstung zur Verfügung gestellt. Sie haben fremde Staatsbürger evakuiert, um sie in heimischen Intensivstationen zu behandeln. Museen und Universitäten haben ihre digitalen Tore jeder/-m geöffnet, die/der Internetzugang hat. Baltische Pornostars haben ihren Fans auf aller Welt demonstriert, wie man sich beim Sex vor Corona schützt. Russische Popstars haben Lieder zum Durchhalten auf Englisch getextet. Die Bundesregierung ist über ihren Schatten gesprungen und hat mehr Geld für den europäischen Süden locker gemacht als die USA auf Grundlage des Marshallplans für den antikommunistischen Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Netflix, Zoom und Amazon haben uns ohnehin alle gerettet.

Corona trainiert uns für die Klimakrise

Das Coronavirus könnte auch der Aufbauegner sein, den die Menschheit noch gebraucht hat. Das Virus hat uns vor Augen geführt, wie verwundbar wir sind – trotz aller Technologie und allen Reichtums. Es hat bewiesen, dass nicht nur wir Menschen eine globale Gemeinschaft bilden: Die Pandemie hat uns gezeigt, wie eng wir mit Flora und Fauna verbunden sind: Behandeln wir Tiere wie Dreck, laufen wir Gefahr, dass wir selbst davon krank werden. Wildtiere, die ihrem Habitat entrissen werden, rächen sich mit Viren, die wir nicht kennen. Schweine, die wir in Millionen mästen, um sie zu vernichten, und Geflügel, das wir massakrieren, brüten Bakterien, gegen das kein Penicillin-Pilz gewachsen ist: „Another reason to expect change – or, at least, to wish for it – is that covid-19 has served as a warning. The 80bn animals slaughtered for food and fur each year are Petri dishes for the viruses and bacteria that evolve into lethal human pathogen every decade or so. This year the bill came due and it was astronomical.“

Was der Economist meint, ist: Die Coronakrise macht Hoffnung, wenn wir die Parallelen und den entsprechenden Handlungsdruck in Sachen Klimawandel erkennen. Es muss Schluss sein damit, dass wir Kohle verbrennen und Wälder niederholzen, wenn nicht unsere Erde irgendwann einer Covid-19-Krankenstation gleichen soll:

„The clear blue skies that appeared as the economy went into lockdown were a powerful symbol of how covid-19 is a fast-moving crisis within a slow-moving one that it in some ways resembles.“

Die Pandemie hat gezeigt, dass Sparzwang und nationale Interessen Ausflüchte sind. Steht die Menschheit zusammen, verfügt sie über die Mittel, die Welt zu retten – und jeder Staat kann seinen Beitrag leisten, ohne sich selbst dafür aufgeben zu müssen.

Die Pandemie wird die Globalisierung nicht stoppen

Die Pandemie wird auch die Globalisierung nicht zurückdrehen. Sicher ist, dass viele Unternehmen ihre Lieferketten überprüfen werden, um ihre Resilienz zu steigern. Einige Zulieferer und Produktionsstätten werden wieder näher

an ihre Absatzmärkte heranrücken. Der Fernverkehr wird sich möglicherweise dauerhaft verändern. Auch wenn die Luftfahrt sich erholen dürfte, werden Pandemie- und Klimaschutz langfristigen Wandel bedingen. DSGVO, Paywalls auf Internetseiten und digitale Schutzwälle gegen Cyber-Angriffe sind nicht Zeichen von Kapitulation, sondern notwendige Anpassungen an eine vernetzte Weltwirklichkeit, die gekommen ist, um zu bleiben.

... und der Populismus auch nicht

Der Brexit oder die Rückkehr des Protektionismus auch unter verbündeten Staaten sind nicht notwendigerweise Zeichen von wiedererstarktem Nationalismus und Kleinstaaterei. Man könnte sie auch als Indiz verstehen, dass ideologische Blöcke bröckeln, vorher undenkbar Allianzen möglich werden und die Welt weiter zusammenwächst:

Es schafft Hoffnung, wenn Ideologie Pragmatismus weicht. Pragmatismus lässt sich humanistisch wenden, weil Herkunft und Zugehörigkeit in den Hintergrund treten und in der Sache verhandelt wird. Wenn Menschen und Staaten sich auf dem globalen Parkett primär als Interessenssubjekte sowie Nachfrager und Anbieter von Leistungen wirtschaftlicher oder politischer Art begegnen, verlieren tatsächliche oder vorgestellte Ungleichheiten ebenso an Bedeutung wie subjekt- und gruppenbezogene Wertungen, identitätsbezogene Gefühlslagen und Handlungsge- oder -verbote. Man kann die zur Schau gestellte gegenseitige Zuneigung zwischen Trump, Kim Jong-Un und Konsorten als unsägliche Solidarisierung zwischen dem Präsidenten der wichtigsten Demokratie der Welt mit geopolitischen Gegnern und Diktatoren verdammen. Oder aber man freut sich über den neuen globalen Pragmatismus, der auch vor verfeindeten Atommächten nicht Halt macht. Wenn arabisch-muslimische Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate, der Sudan und Marokko endlich diplomatische Beziehungen mit dem jüdischen Israel aufnehmen, ist das ein großer Fortschritt für Frieden und Zusammenhalt auf der Welt. Andere regionale, sunnitisch geprägte Supermächte wie Ägypten und die Türkei kooperieren seit langem mit Israel – auch wenn sie öffentlich nicht damit hausieren gehen. Irgendwann wird auch der Iran seinen Isolationismus aufgeben müssen.

Die globale Kultur gedeiht weiter

So wie die Welt gemeinsam leidet, feiert sie auch gemeinsam. Das galt schon vor der Corona-Pandemie, wird aber immer mehr offenbar. Jedes Jahr wird eine stärker globalisierte Menschengeneration geboren. Multiethnische und multikonfessionelle Familien und Gemeinden nehmen nicht nur im postkolonialen Westen zu. Der Online-Handel macht seit längerem auch aus Verbrauchern globale Einkäufer. Zoom, Go-to-meeting & Co. setzen fort, was MySpace und Facebook prominent gemacht haben: Die massenhafte unmittelbare Kommunikation zwischen Bürger*innen sämtlicher ans Internet angeschlossener Staaten dieser Erde.

Schon heute dürften auch die kulturellen Schnittmengen und der kulturelle Austausch zwischen der Jugend der Welt so groß sein wie nie zuvor. Man nehme nur Hip-Hop-Kultur und Pop-Musik, Online-Gaming und Social Media. Es

dürfte heute keinen Staat der Erde mehr geben und kaum eine Sprache, die den von Afroamerikanern erfundenen Rap nicht rezipiert und in ihrer individuellen Färbung weiterentwickelt haben. Heute bringen chinesische Rapper deutsche Festivals zum Kochen, treffen sich arabischstämmige Amerikaner und jüdische Russen zum „Rap-Battle“ und bringen südkoreanische K-Popstars amerikanische Teens zum Kreischen. Auch wenn coronabedingte Reisebeschränkungen europäische DJ*anes daran hindern, in Shanghai oder Hong-Kong aufzutreten, lebt ihre Musik dort fort.

In Online-Games finden Weltmeisterschaften mit Clans und Einzelspielern statt, die globalen Superstar-Status haben. Auf Instagram, Snapchat, TikTok & Co. erzeugen die Reichen, Schönen und Photoshop-Köner*innen unter den Selbstdarsteller*innen dieser Welt gemeinsam Neid bei der globalen Jugend, die noch dabei ist, sich selbst zu finden. Auf Wikipedia und YouTube legt sich die Welt seit vielen Jahren digitale Mediatheken des gemeinsamen kulturellen Erbes an – auf nie dagewesene dezentral-pluralistische und demokratische Weise. Auch an Trends nimmt heute die gesamte Welt teil, wie „Gangnam Style“ oder „Bucket Challenge“ pars pro toto in den letzten Jahren gezeigt haben. Länger anhaltende Trends wie das „Hipstertum“ schaffen es selbst in Kriegsgebiete oder „failed states“ wie Afghanistan oder der Demokratischen Republik Kongo. Politische Bewegungen wie „#metoo“ und „Black Lives Matter“ machen vor keiner Gesellschaft und keinem Subsystem halt.

Den richtigen Schluss ziehen

Hin und wieder las man in den vergangenen Jahren den Scherz: Die Menschheit brauche eine außerirdische Invasion, um endlich zusammenzuwachsen und Frieden untereinander zu erreichen. Denn nur ein gemeinsamer Feind könne uns zusammenschweißen. Die Aussage ist in mehrfacher Hinsicht falsch: Zum einen hat das Coronavirus gezeigt, dass der gemeinsame Feind nicht aus dem Weltall kommen muss. Zum anderen wächst die Menschheit auch ohne gattungsfremden Aggressor immer weiter zusammen.

Man kann daher auf zwei Dinge hoffen: Dass die globale Party, wenn Corona eines Tages besiegt ist, ekstatisch werden wird. Und dass wir daraus die Kraft und Motivation ziehen werden, gemeinsam die nächste Herausforderung zu stemmen: Den Klimawandel einzudämmen und unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen zu retten.

Ob Coronavirus oder Klimawandel: Überleben werden wir sie nur zusammen.

.....
Marc Philip Greitens
 - Bucerius Law School -

Gendern ist wichtig, sagen die einen, weil Sprache wirke und weil sie sich wandeln könne. Dagegen wird gestritten mit dem Argument, das generische Maskulinum sei die sprachlich korrekte Form, wenn Frauen und Männer angesprochen werden. Oft wird auch auf die Umständlichkeit der gegenderten Form verwiesen. Welcher Meinung man sich auch anschließen mag,

Gendern wir?
 Ein Wort der Redaktion
 zum Diskurs

richtig ist: Gendern ist heute eine Frage der politischen Meinung. Deshalb lassen wir unseren Autorinnen und Autoren die Wahl, wie sie es halten möchten. Auch hier ist es unser Anliegen, ihrer Haltung bestmöglich Gehör zu verschaffen. Als Redaktion der PuG haben wir uns entschieden, unsere eigenen Texte zu gendern.



Originalfoto: unsplash.com/photos/wb9kCqJfrtE

Eine europäische Politik ohne europäische Gesellschaft

Die Union muss sich weiterentwickeln

In der zweiten Jahreshälfte 2020 hatte Deutschland den Vorsitz einer der beiden European Battle Groups inne. Jedes Halbjahr führen zwei Staaten der Europäischen Union jeweils eine solche Einsatztruppe. Zuletzt übernahmen Deutschland und Italien diese Führung. Diese international zusammengesetzten Bataillone – 4100 Soldat:innen plus Führungsstab – können vom Europäischen Rat für bis zu 60 Tage eingesetzt werden, z.B. als Vorbereitungsmission für eine weitangelegte UN-Friedensmission. Ganze 6000 km um Brüssel herum dürfen die European Battle Groups eingesetzt werden. Das reicht z.B. bis zur Demokratischen Republik Kongo oder bis nach Somalia.

Diese Einsatztruppen sind ein zentraler Schritt hin zu einer europäischen Armee. Es werden Kooperationen und Befehlsketten installiert, gemeinsame Militärübungen abgehalten und gegebenenfalls Ausrüstungsstandards angeglichen. Dementsprechend müsste dieser Schritt eigentlich von einer weitreichenden gesellschaftlichen Debatte in der EU begleitet werden, um die Legitimität dieser Kampftruppen demokratisch zu garantieren. Hier zeigt sich ein zentrales europäisches Problem: Europäische Gesellschaftsdebatten finden nicht statt. Es ist weder eine europäische Medienöffentlichkeit vorhanden noch ein staatenübergreifender Bürgerdialog erkennbar. Ebenso wenig beschäftigen sich die nationalen Medien mit den European Battle Groups. Es handelt sich damit um eine europäische Initiative, der das zentrale demokratische Element, der Diskurs, fehlt. Das Europäische Parlament ist zwar von den

Menschen der Europäischen Union gewählt worden, aber das allein reicht nach modernen Demokratietheorien nicht aus, um die Politik der EU zu legitimieren. Es bräuchte Zeitungsartikel, Dokumentationen, Diskussionsrunden, Bürgerforen, Chaträume, etc., die den Menschen der EU die Möglichkeit geben würden, sich zu informieren, sich auszutauschen, sich zu beteiligen und letztlich auch zu kritisieren. Durch die Abwesenheit eines legitimierenden demokratischen Diskurses sind die European Battle Groups Ausdruck des europäischen Demokratiedefizits.

Drei Lösungsansätze

Nun gibt es drei zentrale Lösungen gegen dieses Demokratiedefizit. Die erste Lösung besteht in einer Schwächung des Europäischen Parlaments und einer verstärkten Achtung des Subsidiaritätsprinzips. Wenn keine gesamteuropäischen Gesellschaftsdiskurse möglich sind, muss die Debatte eben in den Einzelstaaten stattfinden. Die Europäische Union würde dann aus souveränen Gesellschaften bestehen, in denen jede nationale Gesellschaft einen eigenen Diskurs führt. Europäische Politik würde insbesondere über den Europäischen Rat gestaltet werden, in welchem die gewählten Regierungen der einzelnen Staaten vertreten sind. Jede einzelstaatliche Regierung würde darauf achten, dass keine europäische Politik durchgesetzt wird, die entgegen der Interessen der eigenen Bevölkerung steht. So könnte ein europäisches Demokratiedefizit vermieden werden. Einen solchen Ansatz vertritt etwa der amerikanische Theoretiker Andrew Moravcsik.

Eine Alternative hat der Brite Richard Bellamy formuliert. Er glaubt, dass die europäischen Institutionen direkter an die einzelnen Gesellschaften angegliedert werden sollten. Denn die Etablierung einer supranationalen Demokratie über den nationalen Demokratien wäre immer ein Einschnitt in die Souveränität dieser nationalen Demokratien. Das Gefühl, die Souveränität im eigenen Staat verloren zu haben, war einer der wesentlichen Punkte für den Brexit und bis zuletzt – z.B. in den Debatten über Hoheitsgewässer und Fischgründe – ein entscheidender Punkt in den Verhandlungen zwischen der EU und der britischen Regierung. Um die Souveränität der Staaten zu garantieren, glaubt Bellamy, sollten die nationalen Parteien auch im Europäischen Parlament vertreten sein. Das Europäische Parlament würde in diesem Fall also nicht eine europäische Gesellschaft durch transnationale Parteien, wie etwa der Europäischen Volkspartei oder der Sozialdemokratischen Partei Europas, repräsentieren. Stattdessen wären im Europäischen Parlament dieselben Parteien wie auf nationaler Ebene vertreten, welche jeweils nur ihre eigene nationale Gesellschaft repräsentieren würden. Die nationalen Gesellschaften blieben der Souverän über die europäische Politik.

Die dritte Lösung wäre ein Schritt in Richtung Vereinigte Staaten Europas. In einem solchen Fall müssten gesamteuropäische Diskurse und gesellschaftliche Strukturen, z.B. ähnlich den Vereinigten Staaten Amerikas geschaffen werden. Die Frage ist, ob sich die Menschen in Europa „europäisch“ genug fühlen, um eine vergleichbare Solidargemeinschaft zu formen. Die jährliche Umfrage der Europäischen Union – der Standard-Eurobarometer – hat im Frühjahr 2019 ergeben, dass sich lediglich acht Prozent der Europäer:innen an erster Stelle als Bürger:innen Europas und nachrangig als Bürger:innen ihres Heimatstaates sehen. Es fehlt an gemeinsamen europäischen Werten und einer geteilten Identität. Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas glaubt aber, dass sich ein europäischer Verfassungspatriotismus etablieren ließe. Die Menschen in Europa sollten sich der Idee des Verfassungspatriotismus nach nicht aufgrund einer gemeinsamen

Identität oder einer geteilten Nation zusammenschließen, sondern aufgrund des geteilten Glaubens an eine Gesellschaft der gelebten Vielfalt und der Menschenrechte.

Die fehlenden Werte wachsen

Es mag noch an gemeinsamen europäischen Werten fehlen. Nun sind solche Werte kein Konstrukt, das mal kurzerhand wie Zuckerguss über eine Gemeinschaft gegossen werden kann. Werte müssen über lange Zeiträume hinweg erbaut und erfahren werden. Diese Werte wachsen bereits. Die Zustimmungswerte zur EU steigen langfristig betrachtet. Vor allem junge Menschen fühlen sich eher als Bürger:innen Europas. Menschen unter 30 Jahren sind mit dem Schengenraum, dem Euro und dem Erasmusprogramm aufgewachsen. Dieser Trend wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach fortsetzen. Als vor 69 Jahren vor dem Hintergrund der Grauen des Zweiten Weltkrieges die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet wurde, hätte man sich kaum vorstellen können, dass eines Tages ein europaweites Parlament mit 27 Mitgliedsstaaten, einer gemeinsamen Währung und offenen Grenzen die Norm sein würde.

Es lässt sich auch heute nicht sagen, wie die Strukturen Europas in Zukunft aussehen werden. Es fällt aber schwer zu glauben, dass es ein Zurückbesinnen zum Nationalstaat sein wird. Im Zuge der Coronakrise werden unter dem Stichwort „Gesundheitsunion“ bereits über neue Integrationsschritte auf EU-Level nachgedacht. Wenn die EU aber weitere Politikfelder bearbeiten möchte, muss sie einen Weg finden, ihr Demokratiedefizit zu lösen. Entweder durch Etablierung gesamteuropäischer Diskurse oder durch den erneuten Fokus auf die nationalen Parlamente. Andernfalls macht sich die Europäische Union zu angreifbar für populistische Gruppen. In Großbritannien haben diese bereits gewonnen.

.....
Mark Setzkorn
 - Universität Hamburg -

Meine Gebärmutter ist kein Gotteshaus

Das polnische Abtreibungsgesetz zählt zu den strengsten und repressivsten in Europa. Am 22. Oktober letzten Jahres entschied das polnische Verfassungsgericht, dass Frauen auch dann nicht abtreiben dürfen, wenn der Fötus schwere Fehlbildungen aufweist. Pol*innen protestieren.

Wann wird aus einer befruchteten Eizelle ein Mensch? Wann sollte ihr der gleiche Schutz wie der Mutter zukommen? Die Naturwissenschaften bieten auf diese Frage keine Antwort. Stattdessen sind es Überzeugungen und Glaubenssätze, die sich in dem Konflikt um den Schwangerschaftsabbruch gegenüberstehen. Die Anforderungen an eine gesetzliche Regelung sind hoch: Die Interessen und Grundrechte der schwangeren Frau sind mit denen des Fötus abzuwiegen. Hier eine gerechte Lösung zu finden, ist nicht einfach.

Einige, darunter an vorderster Front die katholische Kirche, gehen an dieser Stelle den einfachen Weg. Sie bestimmen den Anfang des Menschseins, unabhängig von wissenschaftlichen Erkenntnissen, mit dem Zeitpunkt der Befruchtung. Die Rechte des Fötus sind von Anfang an absolut und die Interessen und Rechte der Frau rücken vollständig in den Hintergrund.

Verfassungsgericht gegen die Selbstbestimmung der Frau

Bereits vor der Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts gehörte das polnische Abtreibungsgesetz, entsprechend der konservativ-christlichen Tradition im Land, zu einem der schärfsten in Europa: Frauen durften nur abtreiben, wenn ihre eigene Gesundheit durch die Schwangerschaft gefährdet war, sie vergewaltigt wurden oder der Fötus

schwer krank war. Ein Bürgerbegehren, unterstützt von der katholischen Kirche, forderte, Abtreibungen in jedem Fall zu verbieten. Das polnische Verfassungsgericht verschärfte das Abtreibungsrecht im letzten Jahr noch stärker. Eine Abtreibung ist auch dann verboten, wenn der Fötus eine schwere Schädigung aufweist, die seine Lebensfähigkeit erheblich einschränkt. Dies kommt einem faktischen Verbot von Abtreibungen gleich, da im Jahr 2019 1.074 von 1.100 Abtreibungen in Polen aus diesem Grund durchgeführt wurden.

Allerdings ist dies nicht der erste Versuch, das Abtreibungsverbot auf diese Weise zu verschärfen. Bereits 2016 unternahm die Regierung den ersten Anlauf, die Regelung umzusetzen. Sie zog jedoch nach einem Generalstreik von fast 200.000 Frauen die Gesetzesvorlage zurück.

Mit der Corona-Krise im Fokus der Öffentlichkeit entschlossen sich die Verantwortlichen für einen zweiten Anlauf, das Verbot durchzusetzen. Trotz der Pandemie kam es zu Massenprotesten.

Dem Urteil des Verfassungsgerichtes steht ein Entwurf der Frauenbewegung gegenüber. Dieser würde, vergleichbar mit der deutschen Regelung, Abbrüche unter gewissen Voraussetzungen in einer Vielzahl der Fälle legalisieren. Umfragen zeigen: Ein großer Teil der polnischen Bevölkerung steht grundsätzlich hinter einer Lockerung des Abtreibungsrechts. Dabei beschränken sich die Proteste nicht nur auf die großen Städte, sondern auch

in ländlichen Regionen wird gegen die Verschärfung protestiert und auch immer mehr Männer schließen sich den Protesten an.

Nun mag man argumentieren, das Abtreibungsverbot sei zwar extrem, aber Teil eines demokratischen, rechtsstaatlichen Prozesses. De facto lässt sich an der Rechtsstaatlichkeit der Entscheidungsprozesse in Polen stark zweifeln: Die Justizreform, die seit 2015 von der regierenden nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“, PiS, vorangetrieben wird, führte unter anderem dazu, dass Richter*innen seit 2016 vom Parlament gewählt werden. Im Parlament hält die stark christlich geprägte PiS-Partei seit 2015 eine absolute Mehrheit. Sie hat das Land auf einen antieuropäischen und autoritären Kurs gebracht. Die Neutralität von Richter*innen ist an vielen Stellen zweifelhaft. So nominierte die PiS-Partei in diesem Jahr 14 von 15 Richter*innen am polnischen Verfassungsgericht. Damit hat die Partei die Kontrolle über das höchste Gericht erlangt. Gewaltenteilung zwischen Legislative und Judikative ist nicht existent. Die demokratische Legitimation des Verbots gerät angesichts dieser Vorgänge ins Wanken.

Auch in der Europäischen Union wird die demokratische Krise im Land deutlich: So sollen Corona-Hilfen der EU in dem neuen Haushaltsplan in Zukunft an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien knüpfen. Zwar soll dadurch lediglich geregelt werden, dass EU-Mittel nicht missbraucht werden, aller-

dings könnte dies schon der Fall sein, wenn keine unabhängigen Entscheidungen vor Gerichten mehr gewährleistet werden können. Wie man an den jüngsten Reformen erkennen kann, ist insbesondere Rechtsstaatlichkeit in Polen eher auf dem Rückzug. Daher sperrt Polen die aktuellen Beschlüsse. Also schlägt sich der Bruch mit demokratischen Prinzipien nicht nur bei einer Rechtsverletzung der Frau nieder, sondern ist auch auf europäischer Ebene zu spüren.

Frauen in der Zwangslage

Aber führt ein Verbot von Abtreibungen dazu, dass sie nicht vorgenommen werden? Nein, nur sind die Bedingungen, unter denen sie stattfinden werden, um ein Vielfaches schlechter:

Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch wünschen, müssen sich in der aktuellen Situation an medizinisch ungeschultes Personal wenden oder versuchen, eine Selbstabtreibung durchzuführen – beides unter schlechten hygienischen Bedingungen. Außerdem werden Instrumente verwendet, die nicht dafür vorgesehen sind. Das Risiko von Komplikationen, wie eine Sepsis zu erleiden oder zu verbluten, ist erhöht. Zwar besteht die Möglichkeit, für eine Abtreibung ins Ausland zu reisen, jedoch kann der überwiegende Teil der Frauen sich so etwas nicht leisten. Frauen in einer Zwangslage werden also durch die Verschärfung des Verbotes gezwungen, sich in Lebensgefahr zu begeben.

Fortsetzung auf Seite 6



Illustration: Merle Prestin

An dieser Stelle mögen einige entgegen, Frauen, die sich entschließen, ihr Kind zu töten, verdienen es überhaupt nicht besser. Wähle man den Weg einer „Engelmacherin“, gehöre die Lebensgefahr eben dazu – eine Sichtweise, die an Zynismus und Menschenhass nicht zu überbieten ist. Geht es beim Abtreibungsverbot um Lebensschutz, muss man aber auch das Leben der Frau, die sich zur Abtreibung entschließt, so gut wie möglich schützen. Denn die neue polnische Regelung verbietet nicht nur Abtreibungen ohne medizinische Indikation, sondern auch solche, bei denen „nur“ die psychische Gesundheit der Frau gefährdet ist. Danach müssen auch Kinder, die nicht oder nur für kurze Zeit lebensfähig sind, geboren werden. Die psychische Belastung und das Trauma, die mit einer solchen Schwangerschaft und Geburt einhergehen, werden völlig außer Acht gelassen.

Sicher werden auch Frauen entscheiden, solche Schwangerschaften nicht abzubrechen, weil das Austragen des Kindes für sie der bessere Weg ist. Diese Entscheidung muss aber die jede Schwangere und jede Familie für sich im Einzelfall entscheiden (dürfen). Der beste Weg, mit einer Krisensituation und einem solchen Trauma umzugehen, ist individuell und darf keinesfalls aufgezwungen werden.

Frauen an den Herd!

Wieso wird dann in Polen das Recht auf Abtreibung derartig beschnitten? Ursache dafür ist das Zusammenspiel von katholischer Kirche und PiS-Partei. Die Kirche hat einen enormen Einfluss auf die polnische Politik.

Ihr Ziel ist, Abtreibung in Polen gänzlich zu verbieten. So forderte der Erzbischof der Stadt Przemysl, Jozef Michalik, in einer Predigt, eine Rechtsordnung zu schaffen, die mit dem moralischen und dem göttlichen Recht übereinstimme, dem Recht, das aus der christlichen Religion und aus den zehn Geboten abgeleitet wird; darunter das Gebot „Du sollst nicht töten!“ Das wünsche sich angeblich auch die Mehrheit der polnischen Bevölkerung. Im Zuge dieser Reformation solle Abtreibung komplett verboten werden. Jedoch betreibt die katholische Kirche nicht nur auf diesem Wege die Verschärfung des Abtreibungsrechts, sondern sie betreibt auch Lobbyarbeit und unterstützt die PiS-Partei im Wahlkampf. Doch genau diese Haltung, die Michalik der polnischen Gesellschaft unterstellt, spiegelt sich in den Meinungen zum Abtreibungsgesetz gerade nicht wider.

Auch wenn sich das Frauenbild in der Bevölkerung zu wandeln scheint, pochen Mitglieder der PiS-Partei noch auf eine veraltete Rollenverteilung. So startete der neue polnische Minister für Bildung und Wirtschaft Przemysław Czarnek jüngst eine Kampagne, um Frauen den Zugang zum Studium zu erschweren. Diese hätten „die Funktion der Schaffung des heimischen Kaminfeuers“ und seien vom Herrgott dazu bestimmt, möglichst viele Kinder zu gebären. Da ist eine Frau, die denkt, sie könne ihr Leben selbstbestimmt gestalten, nur hinderlich. Bei einer solchen Vorstellung von der Rolle der Frau erscheint die Einschränkung ihrer körperlichen Autonomie durch eine Verschärfung des Abtreibungsrechts als logischer Schritt. Dass dies wenig mit Gleichberechtigung und

Emanzipation zu tun hat, ist selbstredend.

Die Mehrheit der Pol*innen teilt diese erzkatholischen Glaubenssätze nicht und muss sich ihnen trotzdem beugen. Dieser Kampf zwischen der demokratischen und liberalen Opposition und der konservativ-katholischen, antidemokratischen PiS-Partei wird aktuell im Körper der Frau ausgetragen, genauer gesagt in ihrem Uterus.

Konfliktpotenzial auch in Deutschland

Auch in Deutschland werden weiterhin Diskussionen über Schwangerschaftsabbrüche geführt. Zwar honoriert die deutsche Gesetzesordnung grundsätzlich die Rechte der Frau und ermöglicht eine straffreie Abtreibung bis zur zwölften Woche. Aber auch an dieser Regelung lassen sich Schwächen finden.

Es scheint paradox, dass man zwar die Schutzbedürftigkeit der Frau durch eine gesetzliche Regelung grundsätzlich anerkennt, dann aber de facto die Möglichkeit, sich über Abtreibungen sicher zu informieren einschränkt. Aufgrund des Verbots, über Abtreibungen zu informieren, wurde im Jahr 2017 eine Ärztin verurteilt, die auf der Website ihrer Arztpraxis darauf hingewiesen hatte, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführt. Schon damals wurde in Folge der öffentlichen Debatte kritisiert, das Informationsverbot schaffe große Unsicherheiten für Ärzt*innen. Es ist nicht einfach, zwischen notwendiger Information und anpreisender Werbung im Einzelfall zu differenzieren.

Inzwischen kam es zwar zu einer Reform der

Norm. Die neuere Regelung vermag ebenso wenig wie die Alte, für Ärzt*innen sichere Rahmenbedingungen zu schaffen: In Berlin wurden jüngst zwei Ärztinnen verurteilt, weil sie auf ihrer Website schrieben, dass sie Schwangerschaftsabbrüche in „geschützter Atmosphäre“ vornehmen. Die Argumentation des Kammergerichts: Auch nach der Reform der Norm sei es strafbar, über die Art und Weise zu informieren, in der der Schwangerschaftsabbruch stattfindet. Die beiden Frauenärztinnen sahen sich in ihrer Berufsfreiheit eingeschränkt und legten Verfassungsbeschwerden ein. Ein Ergebnis gibt es noch nicht, die Chance auf Erfolg ist aber wohl eher gering.

Die deutsche Regelung der Abtreibung hat der polnischen einiges voraus. Die Grabenkämpfe rund um die körperliche Selbstbestimmung der Frau scheinen aber auch hier in Deutschland noch nicht ausgefochten. Religiöse Vorstellungen sollten nicht über der körperlichen Autonomie der Frau stehen. Genau das versuchen die Demonstrant*innen in Polen gerade zur Geltung zu bringen. Einer der Slogans der Demonstration fasst den Eingriff in die Rechte der Frau so zusammen: „Meine Gebärmutter ist keine Kapelle“.

.....
Klara Türk und Grace Vorbach
- Bucerius Law School -

Wenn es „Führung“ gäbe, wäre sie weiblich

Eine Eloge auf „Female Leadership“

Mag die Armee zu nichts taugen, sie taugt für Sprüche. Genau wie als romantisches Ideal konservativer Nachkriegsphilologen: Preußen. Beide prägen meinen Stereotyp guter Führung. (Beide haben kein Problem mit dem Begriff.)

Ein guter Führer führt „von vorn“ und „durch Vorbild“. Er macht nicht den „Radfahrer“, heißt: „Er buckelt nicht nach oben“ und „tritt nicht nach unten“. Er guter Führer lässt „Taten statt Worte sprechen“. Ein guter Führer „klagt nicht, sondern kämpft“. Ein guter Führer scheut nicht die Herausforderung. Ein guter Führer ist wie ein guter Vater: Er sorgt für die Seinen, ist liebevoll, aber streng. Ein guter Führer spaltet nicht, er eint. Er ist aufrichtig und reicht dem Gegenüber die Hand.

Als gute Führer fallen mir ein: Nur noch Frauen. Gäbe es einen Nobelpreis für Politik, Angela Merkel hätte ihn im Abo. Morrison oder Trump sind Witzfiguren im Vergleich zu Ardern oder Lagarde – „Poser“ und Spalter, statt Versöhner oder Anpacker. Und seit John McCain war kein Ami mehr so hart wie Ruth Bader Ginsburg.

Man muss nicht in die Weite schauen: Gute Führung ist, wenn Mütter Partner in Groß-

kanzleien werden sollten, weil sie mehr leisten als jeder Mann; und trotzdem nicht klagen, wenn sie fadenscheinig um den Lohn ihrer Arbeit gebracht werden.

Gute Führung ist, wenn Chefredakteurinnen ins kalte Wasser geworfen werden; wenn sie sich freistrampeln und trotz privater Härten, trotz unbarmherziger Ausbildung und trotz jungen Alters eine Studierendenzzeitung zum nationalen Preisträger machen.

Gute Führung ist, wenn ehemalige (Chef-)Redakteurinnen da sind, wenn sie gebraucht werden. Wenn sie unterstützen, wenn es darauf ankommt. Wenn sie Lasten übernehmen, wenn die Jüngeren in Schwierigkeiten geraten – das alles, ohne großen Aufhebens darum zu machen. Wenn sie Texte beisteuern, nicht nur, um Seiten zu füllen, sondern, um zu inspirieren.

Wenn es Armee und Preußen heute noch gäbe, ich schwöre, sie wären weiblich.

.....
Marc Philip Greitens
- Bucerius Law School -



HOMO SACER

The Reproduction of Inhumanity

„Sovereign is the one to whom all people are homines sacri and homo sacer is the one to whom all people act as sovereigns.“

(G. Agamben – Homo sacer: Sovereign Power and Bare Life (1995))



Ancient Roman law refers to the homo sacer as one who may not be sacrificed but may be killed. Based on this definition, the sacred man finds himself at the threshold where his death can neither be classified as a religious nor as a criminal act, creating a realm where the homo sacer and the sovereign meet both inside and outside the order.

The Italian philosopher Giorgio Agamben reawakens the figure of the homo sacer by applying its legal frame to the refugees at the European border: bare lives held in a permanent state of exception, living in camps excluded from justice and order. Soon enough, the whole scope of his analysis would become visible.

„According to one witness, ‘every side is burning, North, South, East, West.’ Fires consumed buildings representing the bureaucratic infrastructure managing and supporting the border system, including the UNHCR and European Asylum Support offices.“ (CPT)



I (DESTRUCTION)

On the night of September 8, Moria refugee camp, Europe's largest and also one of its most devastating camps located on the Greek Island of Lesbos, burned down, leaving 13.000 people stranded in the streets between Moria and Mytilene without shelter, food, or water.

II (CRISIS)

Kara Tepe – September 11-17, 2020
Refugees were subsequently moved to Kara Tepe district but ultimately still remained unsheltered, unwanted and uncared for. As the situation worsens for another week, the public outcry towards a sustainable solution is rising. Meanwhile, the streets are monitored by riot police to prevent the refugees from spreading.



“People don’t want to go back to a hell like Moria or a closed camp”
(The Guardian)





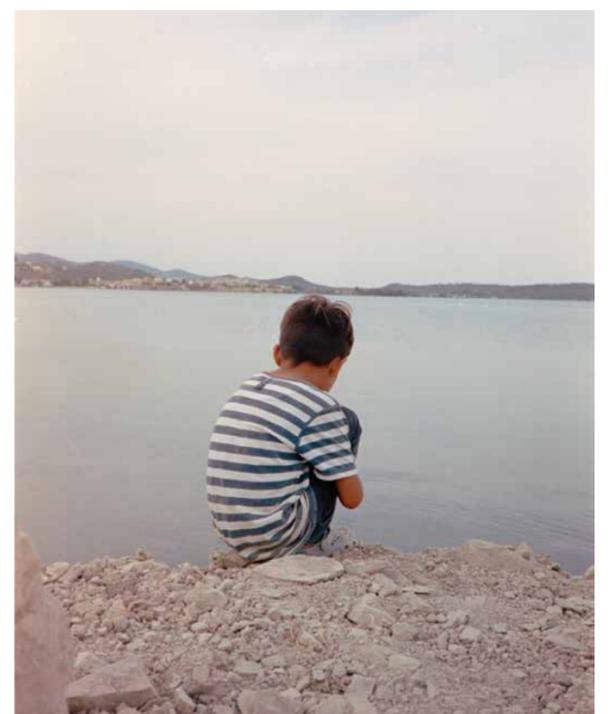
III (RETURN)

Kara Tepe, September 18, 2020

A new camp is built on a former shooting range near the burned down campsite. Some asylum seekers are permitted to enter the European mainland. The rest, however, have to stay. On September 18, 2020, 7.000 refugees move into their new tents located between the Panagiouda and Kara Tepe district. Moria 2 is born.

.....
Arian Henning
 - Bucerius Law School -

“There is nothing here! Imagine you are in a prison. That you hardly have a toilet, two or three hours of electricity per day. It’s cold at night. The food that they give us is awful, and you have to eat it, because of not dying. If you get sick, you have to be in line for more than three hours.” (Aziz, inhabitant of Moria 2)



GESELLSCHAFT



Foto: Anna Seifert

Genormt, entschleunigt, endlich

Erinnerungen an die DDR

Die Wiedervereinigung wurde 30 Jahre alt. Und das in einer Zeit, wo Menschen unter Wahrung der Abstandsregelung zusammenstehen sollen. Mit einem Wort: schwierig.

Genauso schwierig wie die deutsche Geschichte. Bekanntlich kam es am 3. Oktober 1990 zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. Kritiker sehen 1990 allerdings nicht als eine Vereinigung auf Augenhöhe, sondern unter Ungleichen. Und es stimmt auch, dass der Übernehmende die Spielregeln bestimmte: Das ganze bundesdeutsche Rechtssystem mit allen Folgen wurde auf die DDR losgelassen. Die meisten Ostdeutschen waren 1990 froh, diesen kapitalstarken Bruder an ihrer Seite zu haben. Das hätten sich viele Menschen in Polen, der Tschechoslowakei oder anderswo im zerfallenden Ostblock gewünscht. Für die Bundesrepublik kamen die knapp 17 Millionen neuen Konsumenten zum richtigen Zeitpunkt, um neue Absatzmärkte zu erschließen und die nächste Rezession zu verschieben.

Zerfallende Altstädte

Es lag schon eine Melancholie über diesem Land. Grau in grau schimmerten die Häuserfassaden. Einschusslöcher neben abbröckelndem Putz, fehlende Balkone und abgesägte Metallträger schauten den Beobachter im Straßenbild an. Das kann sich keiner vorstellen, der heute ahnungslos durch Berlin-Mitte oder Prenzlauer Berg geht. Farbtupfer gab es wenige, wie Schloss Sanssouci in Potsdam oder die Semperoper und den Zwinger in Dresden, nachdem sich auch die DDR-Führung der Sanierung wichtiger Profanbauten

angenommen hatte. Die Altbau-Quartiere in den Innenstädten fielen bald in sich zusammen. In der vom letzten Weltkrieg verschont gebliebenen Stadt Greifswald wurde ein Teil der zerfallenden Altstadt in den achtziger Jahren zugunsten eines an die Hansestadt angelehnten Rekonstruktionsgebiets abgeräumt. Und das Erscheinungsbild dieser Maßnahme kann man dort als gelungen betrachten, weil in überschaubarem Ausmaß ausgeführt. Der kursorische Ausflug in ostdeutsche Städte soll noch bis Dresden führen. Dort stand die Frauenkirche als Mahnmahl innerhalb eines Schutthaufens. Die Ruine leuchtete dem Betrachter ein. Die Semperoper und der Zwinger waren in den achtziger Jahren restauriert worden, beispiel- und besuchbar als ein wirklicher Höhepunkt. Das fußläufig entfernte Dresdener Residenzschloss war dagegen noch 1990 eine bessere Ruine. Der Wille zum Erhalt historischer Bausubstanz war da, es fehlten allein die Mittel – das Baumaterial, die Handwerker, um die vielen Altstädte zu erhalten. Aber das Land bestand auch aus seiner wunderschönen Ostseeküste, der Mecklenburgischen Seenplatte, dem Ostharz, dem Thüringer Wald. Auch das gehörte zur DDR und war alles andere als Grau.

Die Mieten hatten nur symbolischen Wert. Die schöne Wohnung meiner Eltern aus den endfünfziger-Jahren: vier Zimmer, Küche, Bad, Toilette, etwa 80 m², kostete 78 Mark. Davon konnte nichts erhalten werden. Die ganze DDR-Wohnungswirtschaft war ein riesiges Subventionsprogramm. Das existierende Wohnungsproblem suchte die Planwirtschaft mit der Errichtung von Neubaugebieten in jeder der 14 Bezirkshauptstädten und Ost-Berlin zu lösen. Der Einzug in eine Neubauwohnung galt als fortschrittlich. Wer noch ein

eigenes, altes Haus durch die DDR-Jahrzehnte mitführte oder während der Zeit um- und ausbaute, hatte vermutlich handwerkliches Geschick, gute Kontakte oder das richtige Geld zur Verfügung. Wer etwa im Tausch gegen wertvolles Baumaterial „blaue Kacheln“ anbot, verfügte über 100 DM-Scheine zum Bezahlen. Wohneigentum konnte auch eine Last sein, wem das fehlte. Eine verbreitete Eigenart war die Trennung des Hauseigentums vom Grundeigentum. Der oft fehlende Besitznachweis in DDR-Grundbüchern führte für viele Ostdeutsche bei der Klärung offener Vermögensfragen zu einem bösen Erwachen, wenn sie vormals geflüchteten und nach 1990 zurückgekehrten Westdeutschen gegenüberstanden.

Städte trotzdem voller Leben

Und obwohl die Städte grau waren, die Menschen waren es nicht. Ich erinnere mich an fähige, an professionelle und an begeisterungsfähige Menschen. Der Maler hat die Fenster bestens gemalert und die Feuerwand im Kohlenkeller sauber gemauert und verputzt. Der Kieferorthopäde verhalf mir in der Zahnklinik mit Spangen zu gesunden und kraftvollen Zähnen. Die Bibliothekarin der Universitätsbibliothek weckte durch alte Handschriften des 18. Jahrhunderts mein Interesse für die Geschichte Vorpommerns.

Meinen Berufswunsch lenkte schließlich der Film „Der Name der Rose“ in Richtung irgendetwas mit Archiven, Urkunden, Büchern, alten Schriften zu machen. Erste Voraussetzung für ein Studium der Archivwissenschaften und Geschichte war das Abitur. Das haben damals nicht einmal die Hälfte der Schüler abgelegt. Von 23 Schülern meiner 10.

Klasse, der allgemeinen Abschlussklasse, gingen zwei direkt auf die Erweiterte Oberschule, um das Abitur zu erlangen, zwei machten eine Berufsausbildung mit Abitur. Ich war einer der Glücklichen, der auf dem Umweg eines Vermessungsfacharbeiters mit Abitur zu seinem Wunschstudium kommen sollte. Aber das war leichter gedacht als getan.

Als Sechzehnjähriger endete 1987 mit dem Schulende meine Kindheit. Die Selbständigkeit begann mit der Berufsausbildung und dem Umzug von Greifswald nach Dresden, um dort zu viert ein Internatszimmer in einem umfunktionierten und abgewohnten Gutsherrenschloss zu beziehen. Es gab ungefähr zwölf Duschen für alle Mädchen und Jungen der drei Kartographie- und Vermessungsjahrgänge. Es funktionierte, weil sich auch alle damit arrangierten. Wer hier seine Ausbildung machte, sollte anschließend Ingenieurwesen in seinem Fach studieren. Bei den Jungs sollte aber nicht drei Jahre später das Studium beginnen, sondern nach abgedienter Armeezeit. Es war inoffiziell: Wer in der DDR studieren wollte, musste vorher drei Jahre zur Armee gehen. Als Belohnung winkte ein Studienplatz. Und es gab noch einen Schönheitsfehler. Der Arbeitsort direkt nach dem Studium war nicht frei wählbar, sondern abhängig davon, wohin einen die sozialistische Planwirtschaft gedachte hinzulenken.

Eigene Wege gehen war schwierig

Ich habe mich 1988 im zweiten Lehrjahr meiner Berufsausbildung mit Abitur für mein Wunschfach Archivwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin zum Studienbeginn Oktober 1992 beworben. Mit

Ende der Ausbildung 1990 plante ich einen 18-monatigen Grundwehrdienst ein. Was? Wieso das denn? Erst etwas anderes studieren und dann keine drei Jahre Armee abdienen? Ich wurde prompt abgelehnt. Darüber hinaus sollte ich mit dem Ende des zweiten Ausbildungsjahres das Abitur abbrechen und nur noch die Berufsausbildung in einem Jahr abschließen, denn die Leistungen waren nur mittelmäßig. Dazu verweigerte mein Vater seine Unterschrift und intervenierte bei den Lehrern, wohin sich sein Sohn entwickle, sei offen. Das interessierte die Berufsschule nicht, sie bildete Vermesser für ein Geodäsiestudium aus. Es wurde in der DDR nach Bedarf ausgebildet und nicht nach Wunsch und Neigung. Dann brach glücklicherweise mit dem dritten Lehrjahr im September 1989 eine neue Zeit an, in der das Lehrerkollektiv sich ganz anderen Aufgaben zu stellen hatte. Ich wurde nicht vom Abiturunterricht entfernt, ich konnte im Dezember 1989 an einem Aufnahmegespräch an der Humboldt Universität teilnehmen, in dem man mir eröffnete, doch nach einem eventuellen Zivildienst im September 1991 mit dem gewünschten Studium beginnen zu können. Was für ein Glück! Meine Fahrschule konnte ich auch noch im März 1990 auf Trabant Kombi mit Standheizung für 380 Ostmark abschließen.

Das Wehrkreiskommando Dresden bestellte mich zur Klärung des Sachverhaltes im Früh-

jahr 1990 ein: Welcher Wehrdienst schwebte mir denn vor? Ich schrieb einen Fünfzeiler auf A5-Papier – aus Gewissensgründen lehne ich den Wehrdienst zugunsten eines Zivildienstes ab. Ich konnte mir den Einsatzort DDR-landesweit aussuchen. Und da ich 1991 nach Berlin gehen würde, wählte ich meine Heimatstadt Greifswald aus. Im Sommer 1990 wurde mir beim Zivilersatzamt Greifswald ein dicker Ordner mit Zivildienststellen vorgelegt. Ich entschied mich für die Orthopädie, Hilfspfleger bei den Prä- und Postoperierten. Es wurde vom September 1990 bis August 1991 ein so interessantes, abwechslungsreiches und zufriedenes Jahr, dass ich auch überlegte, im medizinischen Bereich zu bleiben. Aber mein Studium in Berlin nach der Wende war zu verlockend. Ost- und Westberlin waren so verschieden. Im Ostteil der Stadt wimmelte es in den neunziger Jahren nur so von Westlern. Aber es gab viele Westberliner, die aus Protest keinen Fuß in den Ostteil setzen wollten. An meine Studienzeit von 1991-1997 denke ich heute sehr gerne zurück.

Es lebe die Vielfalt!

Ich hatte Glück. Die Zeit war perfekt. Aber jede und jeder zweite Ostdeutsche hatte auch Pech und verlor seinen Arbeitsplatz, es traf jede Familie! Meine Mutter ging mit 55 Jahren in die Arbeitslosigkeit, in den Vorruhe-

stand und anschließend in die Rente. Auch sie hatte Glück. Mein Vater arbeitete bis zu seinem 61. Lebensjahr. Aber für Vierzigjährige bedeuteten die Jahre nach 1990 auch viel Frustration, eine vollkommen neue Orientierung in neuen Rechts-, Arbeits- und Gesellschaftsstrukturen. Das können sich viele Westdeutsche gar nicht vorstellen, was diese Anpassung einem Menschen mit durchlebter DDR-Sozialisation abverlangte.

Und nun? Heute kann man hören, die Ostdeutschen kosten Geld, nörgeln nur und wählen komisch. Das stimmt alles, trifft aber nicht nur auf Ostdeutsche zu, sondern auch auf Menschen aus beispielsweise Baden-Württemberg oder Hessen. Die Bundesrepublik und ihre Menschen sind so vielfältig, geprägt durch ihre Geschichte, sprechen verschieden, pflegen verschiedene Traditionen, nichts ist einheitlich. In jedem Land gibt es kulturelle, wirtschaftliche und ökonomische Unterschiede, so auch hier. Die Vorbedingungen der beiden deutschen Staaten in 40 Jahren waren verschieden. Heute gibt es einerseits prosperierende und andererseits schwache Regionen in Ostdeutschland, die mit einer Durchmischung von Menschen, Engagement, Ideen und Kapital zu tun haben, wie anderswo auch auf der Welt, auch in Westdeutschland. Im Westen gibt es auch viele Regionen, die mit Folgen aus Strukturveränderungen zu kämpfen haben.

Es ist die Vielfalt, die kulturelle und sprachliche Eigenart, die Land und Leute interessant macht. Auch wenn man den Kopf schütteln möchte ob gewisser Einstellungen und Meinungen zum aktuellen Geschehen – Ostler und Westler sollten sich mehr voneinander erzählen, ihre Familiengeschichten können spannend sein und neugierig machen. Wenn sich Hamburger und Bayern voneinander erzählen, wird es auch nicht uninteressant. Die kommen aus zwei Bundesländern mit vergleichbar hoher Lebensqualität, aber auch kulturellen Eigenheiten, allen voran die Sprache. Wie dem auch sei. Es kann eigentlich nur ein Gewinn sein, mehr anstatt weniger voneinander zu erfahren. Einfach zwischendurch wieder einmal ins Gespräch kommen, dazu braucht es keine Jahrestage, sondern ein schönes Pausen- oder Mittagsgespräch – nach Corona. Vielleicht wird dieses leicht vergiftete Kompliment dann auch aussterben: Ach, ich wusste gar nicht, dass du aus dem Osten bist!

.....
Dipl. Arch. Axel Schuster

- Archivar Bucarius Law School -



Foto: Anna Seifert

Vom Wert der Einheit

Wie wollen wir erinnern?

2020 feierte meine Familie 30 Jahre deutsche Einheit. Mein engerer Familienkreis besteht aus Ostdeutschen, die nach ihrem Studium in die alten Bundesländer übersiedelt sind; aus Ostdeutschen, die geblieben sind und aus Westdeutschen, die gerne darüber Witze machen. Mich betrifft das alles nicht mehr. Ich fühle mich nicht als Ostdeutsche – und wäre es dennoch, wenn es die Grenze noch gäbe. So wie mir wird es vielen in meiner Generation gehen. Weder die innerdeutsche Grenze noch die Aufbruchsstimmung der 90er Jahre miterlebt, sind wir die erste Generation ohne eigene Erinnerungen. Nach 30 Jahren deutscher Einheit wird es Zeit, die Perspektive dieser Generation von Unbeteiligten einzubringen.

Wie erinnern wir bisher?

Mein Wissen über die DDR ziehe ich maßgeblich aus Erzählungen meiner Großeltern und Eltern sowie aus der eigenen Recherche im Anschluss an diese Gespräche. Die Wenigsten meiner Freundinnen und Freunde können darauf zurückgreifen. Im Geschichtsunterricht der 10. Klasse wurde das Thema aus Zeitgründen nicht behandelt, der Deutschunterricht umfasste nur die Nachkriegsliteratur der Bundesrepublik. Das bisherige, öffentlich stattfindende Gedenken ist, was meiner Generation im Alltag bleibt. Doch gerade dieses ist mit Unsicherheiten behaftet.

Das beginnt bereits mit dem zentralen Tag des Gedenkens. Obschon die tanzenden

Menschen auf der Berliner Mauer am 09. November 1989 Sinnbild der Einheit waren und sind, feiern wir die deutsche Wiedervereinigung zu Recht am 03. Oktober. Wird doch der 09. November im kollektiven Gedächtnis stets mit dem Höhepunkt des von der SS 1938 angeführten Novemberpogroms behaftet bleiben. Bereits diese Entscheidung für und gegen jeweils ein Datum ist Ausdruck des komplexen Verhältnisses, in dem NS-Terror und DDR-Diktatur stehen. Es wirft die ungeklärt bleibende Frage auf, wie an die DDR erinnert werden soll, ohne den Fokus auf die Erinnerungskultur an das NS-Regime abzuschwächen. Die Antwort liegt in einer klaren Abgrenzung der Herrschaftssysteme voneinander, die Unterschiede deutlich macht.

1. Unterschied: Intensität des Unrechts

Erinnerungskultur meint hier die Gesamtheit an wiederkehrenden Elementen des Erinnerns, mit dem Ziel vergangene Ereignisse in einem kollektiven Gedächtnis zu erhalten und eine gemeinsame Identität zu stiften. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass nur die Lehren der Vergangenheit geschichtsvergessenen Wiederholungen Einhalt gebieten können. Erinnerungskultur findet über den bewussten Umgang mit den Lehren der Geschichte statt und wird aktiv von einer Gemeinschaft errichtet. Ihre Formen sind vielfältig. Sie kann das Errichten eines Mahnmals oder den Erhalt von historisch relevanten Orten bedeuten. Sie kann das Gespräch mit und die Dokumentation von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen umfassen. Im Regelfall wird sie an wiederkehrenden

Fortsetzung auf Seite 13

Gedenktagen besonders intensiv ausgelebt, es können aber auch bewusste Momente im Alltag entstehen, wie beispielsweise ein reflektierter Umgang im Geschichtsunterricht oder ein breites Angebot an Kinder- und Jugendbuchliteratur.

Hinsichtlich der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft hat sich seit den 80er Jahren eine besonders intensive Erinnerungskultur herausgebildet. Die Intensität des Erinnerns ist das Resultat des begangenen Unrechts im NS-Staat. Niemals zuvor und nie wieder wurde die Ermordung von Menschenmassen mit einem derartigen Organisationsaufwand perfektioniert. Moderne Methodiken, den Großteil der Bevölkerung trotz oder gerade mit absurden Rassenideologien zu begeistern, finden hier ihren Ursprung und Höhepunkt. Menschen waren und sind nicht immun gegen Massenpropaganda – insbesondere nicht, solange sie Bestandteil eines sozialen Gefüges sind.

Diese einmalige Dimension der Menschenverachtung ist der erste Unterschied, der bei der Erinnerung an die DDR zwingend Beachtung finden muss. Es darf nicht auf zwei parallele Erinnerungskulturen hinauslaufen, die zwei Diktaturen gleichermaßen anprangern und kommenden Generationen unbeabsichtigt dasselbe Maß an verbrecherischem Charakter vermitteln. Das wird weder dem Schrecken des nationalsozialistischen Völkermordes noch dem Erleben vieler DDR-Bürgerinnen und Bürger gerecht. Die erste Herausforderung eines Erinnerns an die DDR wird es daher sein, die Alleinstellungsmerkmale der NS-Zeit weiterhin zu betonen.

Umgesetzt werden kann das nur durch einen sensiblen Umgang mit Sprache und eine Schwerpunktsetzung in der öffentlichen Debatte und Schulbildung. Wenn in Hannover ein Mahnmal für die „Opfer von Mauer und Stacheldraht“ direkt gegenüber

von einem Mahnmal für die kommunistischen Opfer des NS-Regimes errichtet wird, wird nationalsozialistisches Unrecht relativiert. Entbrennt am Tag des Mauerfalls eine Debatte über die Bezeichnung der DDR als „Unrechtsstaat“ während an demselben Tag des Pogroms der NS-Staat als Unrechtsstaat eingeordnet wird, wird nationalsozialistisches Unrecht relativiert. Wenn es im Bundestag heißt, hinsichtlich der NS-Zeit herrsche eine „umfassende Erinnerungskultur“ und daher müsse auch an „die kommunistische Gewaltherrschaft“ erinnert werden, dann wird nationalsozialistisches Unrecht relativiert. Die Erinnerungskulturen an verschiedene Momente deutscher Geschichte müssen die Andersartigkeit ihrer historischen Anlässe selbst repräsentieren. Durch eine unterschiedlich starke Ausprägung kann im kollektiven Gedächtnis eine Gewichtung des unterschiedlichen Ausmaßes des Unrechts stattfinden. Im Verhältnis zwischen DDR und NS-Staat darf das Erinnern keine unbedachten Parallelen erschaffen.

2. Unterschied: Kein kollektives Selbstverständnis

Als kulturelles Element des kollektiven Gedächtnisses funktioniert die Erinnerungskultur nur dann, wenn die betroffene Gesellschaft sie selbst bestimmt und infolgedessen generationsübergreifend auslebt. Bei dem Erinnern an die NS-Diktatur ist diese Haltung Ergebnis eines langen öffentlichen Konflikts gewesen. In den 80er Jahren bildete sich ein kollektives Selbstverständnis der absoluten Verurteilung der nationalsozialistischen Ideologie. Diese konsensuale Abwertung herrscht über die Geschichte der DDR nicht. Der Dissens in der Bewertung der DDR stellt den zweiten Unterschied zur Erinnerungskultur an die NS-Zeit dar. Auf- und Abwertung des DDR-Regimes stehen sich ebenso gegenüber wie die verschiedenen Lebensreali-

täten in Ost und West. Soll ein kollektives Selbstverständnis entwickelt werden, muss zunächst dieser Dissens aufgelöst werden. Entscheidend ist hierfür, wer die Diskussion über das Erinnern an die DDR dominiert. Arbeitet die Bundesrepublik die Gräueltaten der NS-Zeit auf, so tut sie dies in dem Bewusstsein, die Lehren der eigenen Geschichte erhalten zu müssen. Behandelt sie DDR-Unrecht auf dieselbe Weise, urteilt sie über eine teilweise fremde Geschichte. Dadurch steht sich eine „von außen bestimmte“ Analyse von Macht- und Unterdrückungsstrukturen der individuellen Alltagserfahrung der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Allen voran ist deshalb den Bürgerinnen und Bürgern der ehemaligen DDR zuzustehen, den Umgang mit ihrer eigenen Geschichte maßgeblich zu bestimmen. Möglich wird das, wenn sie als Zeiteuginnen und Zeitzeugen aktiv in die Geschichtsvermittlung eingebunden werden. Oder bei der Gestaltung von Gedenkstätten dezidiert ostdeutsche Künstlerinnen und Künstler zum Zug kommen.

Der Dissens kann auch aufgelöst werden, wenn er auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zusammengeführt wird: Auf die Sehnsucht der 80er Jahre nach der Wiedervereinigung und die Freude der anfänglichen Zeit in Einheit. Der Fokus auf ein Erinnern an ein zweigeteiltes Land würde die beiden unterschiedlichen Lebensrealitäten gewissermaßen spiegeln. Die unterschiedliche Sicht auf die DDR (und auch auf die Bundesrepublik) sollte über diesen Blickwinkel Teil des kollektiven Selbstverständnisses einer einst „geteilten Nation“ werden. Daraus folgt, dass eine Erinnerung an die DDR inhaltlich immer auch eine Erinnerung an die jüngere deutsche Geschichte einschließt. Das können die unterschiedlichen Formen der Frauenemanzipation oder Bildungssysteme sein, aber natürlich auch eine Gegenüberstellung von Wirtschaftssystemen und Staatstheorie umfassen.

3. Unterschied: Zeitliche Distanz

Nicht zu vergessen ist, dass auch die Erinnerungskultur an die nationalsozialistische Herrschaft erst ungefähr vierzig Jahre nach dem Tag der bedingungslosen Kapitulation entstehen konnte. Erinnern heißt auch, Geschichte zu bewerten – und das braucht der Erfahrung nach Zeit.

Unsere Generation ist die erste, die sich nicht in ehemalige Bürgerinnen und Bürger der DDR und der Bundesrepublik einteilen lässt. Dadurch ist unsere Perspektive eine von Unbeteiligten, was eine unbefangene Bewertung von Geschichte jedenfalls erleichtert.

Nun darf daraus nicht der Zirkelschluss gezogen werden, dass es in den kommenden zehn Jahren doch um das Errichten einer Erinnerungskultur an die DDR gehen sollte, die der des Nationalsozialismus gleicht. Die ersten beiden genannten Unterschiede gilt es weiterhin zu erkennen. Wir müssen berücksichtigen, dass das Unrecht der DDR-Diktatur nicht dem Unrecht der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft mit der davon mitgerissenen Bevölkerung gleichkommt. Und dass der Fokus des Erinnerns auf der Sichtbarkeit zweier Lebensrealitäten, die die deutsche Einheit beide herbeigesehnt haben, liegen sollte. Zentrales Mittel ist hierfür die aktive Auseinandersetzung mit Zeiteuginnen und Zeitzeugen, die beide Lebensrealitäten am nächsten wiedergeben können. In diesen Dialog zu gehen, ist der Auftrag unserer Generation. Das 30-jährige Jubiläum der deutschen Einheit bietet hierfür einen Anstoß. Machen wir etwas daraus.

.....
Frederike Hirt

- Leibniz Universität Hannover -

„Der Gesellschaft auf den Puls fühlen“

Zusammenhalt kann gemessen und erforscht werden. Wie steht es um das Zusammengehörigkeitsgefühl inmitten einer Pandemie und vor dem Hintergrund populistischer Rhetorik?

Wie war Ihr 2020? Und wie hat sich Ihre Arbeit in der Stiftung verändert?

Ich glaube, dass wir in Deutschland verglichen mit vielen anderen Teilen der Welt auf einer Insel der Seligen leben. In der Bertelsmann Stiftung ist es uns gelungen, auch digital gut arbeiten zu können. Und wir haben gemerkt, dass viele der Themen, die wir als Stiftung bearbeiten, durch Corona keineswegs obsolet geworden sind, ganz im Gegenteil! Viele der globalen Prozesse, aber auch der Entwicklungen vor unserer Haustür sind durch Corona beschleunigt oder verschärft worden.

Wir beschäftigen uns in unserer Ausgabe mit dem Thema Zusammenhalt. Emmanuel Macron hat in seiner Neujahrsansprache gesagt: „Fraternité ist es, was uns zusam-

menhält.“ Aber was steckt hinter dem Begriff Zusammenhalt?

Wir haben uns in der Bertelsmann-Stiftung seit 2010 sehr intensiv mit der Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts befasst. Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass viele Menschen sich über den Zustand und die vermeintliche Entwicklung des Zusammenhalts Gedanken machen, häufig in der Wahrnehmung eines scheinbar erodierenden Zusammenhalts. Nach unseren Recherchen konnten wir drei große Bereiche als wesentlich für gesellschaftlichen Zusammenhalt ausmachen. Das ist zum einen all das, was die Menschen in einer Gesellschaft miteinander verbindet, also die sozialen Beziehungen. Der zweite Bereich ist das, was die Menschen mit dem Gemeinwesen verbindet; etwa die Frage der Identifikation mit dem Kollektiv. Und schließlich

die Orientierung am Gemeinwohl und das, was man tatsächlich für oder gegen die Gemeinschaft tut.

Zusammenhalt als festes Phänomen

Auf dieser Grundlage haben wir zahlreiche, zum Teil auch vergleichende Untersuchungen durchgeführt, etwa für die Staaten der EU und westlichen OECD oder auch asiatische Länder. Unsere Untersuchungen für Deutschland haben wir sowohl auf Ebene der Bundesländer als auch der Regionen vertieft. Insgesamt haben wir so eine Menge darüber gelernt, was Zusammenhalt ist, welche Faktoren ihn beeinflussen und wo Herausforderungen liegen.

Herr Vopel, die ersten Ihrer Untersuchungen betrachteten einen langen Zeitraum,

beginnend 1989. In diesem Jahr begingen wir den 30. Jahrestag der Wiedervereinigung. Angela Merkels Ausspruch „Wir schaffen das“ liegt fünf Jahre zurück und das Zitat des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, „der Islam gehört zu Deutschland“, 10 Jahre. Wie steht es vor diesem Hintergrund um den Zusammenhalt in Deutschland?

Insgesamt kann man sagen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt ein relativ stabiles Phänomen ist. Insofern hat er sich über die letzten 30 Jahre nicht dramatisch gewandelt. Gleichzeitig haben wir insgesamt doch eine deutliche positive Tendenz festgestellt, etwa bei der Akzeptanz von Vielfalt.

Das heißt aber nicht, dass nicht in Teilen der Gesellschaft eine scharf formulierte Ablehnung von Pluralismus herrscht. Das sahen

wir etwa beim Aufstieg der AfD. Nun hat seit der Corona-Pandemie der Zuspruch für die AfD abgenommen. Man könnte sagen, dass bislang Corona die Stunde der Exekutive war und die Menschen mehrheitlich den Kurs der gewählten politischen Repräsentanten und der öffentlichen Verwaltung unterstützen. Auch die Solidarität der Menschen untereinander hat geholfen, die Auswirkungen der Pandemie zu bewältigen. Dass es gleichzeitig starke Ablehnung in kleineren Gruppen gibt, ist wenig überraschend. Aber wir können feststellen, dass der Zusammenhalt sich insgesamt in der Krise bewährt hat.

Das ist eigentlich auch wenig verwunderlich. Krisen sind Momente, die Zusammenhalt entweder stärken oder aber zur Belastungsprobe für die Gesellschaft werden können. Zur Belastung werden sie insbesondere dann, wenn Menschen wachsende soziale Ungleichheit oder Ungerechtigkeit in der Gesellschaft wahrnehmen. Und genau da müssen wir heute ansetzen, sowohl gesellschaftlich als auch politisch. Denn wir beobachten, dass die Menschen nicht gleichermaßen von Corona betroffen sind. Insbesondere die, die schon vor der Krise wirtschaftlich und sozial zu kämpfen hatten, trifft die Pandemie hart.

„Sich als Teil des Ganzen zu fühlen, ist ein Privileg“

Das sind etwa Menschen mit Teilzeitjobs, Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund. Hier muss die Aufforderung sein, sich nicht darauf auszuruhen, dass wir es bislang gut geschafft haben, durch die Krise zu kommen. Wir müssen stattdessen besonders diese gefährdeten Gruppen in den Blick nehmen, weil sie den Zusammenhalt für sich nicht so stark erleben. Meine Sorge ist, dass noch erhebliche Belastungsproben auf uns zukommen.

Sie hatten angesprochen, dass unterschiedliche soziale Gruppen den Zusammenhalt unterschiedlich erleben. Welche Faktoren können Sie ausmachen, die sich auf dieses Empfinden auswirken?

Das Gefühl, sich als Teil des Ganzen wahrzunehmen, ist ein Privileg. Man benötigt Ressourcen wie Zeit, um sich zu engagieren, Hilfe anzubieten. Menschen, die beispielsweise aktuell ihre Kinder zu Hause betreuen müssen und deshalb nicht arbeiten können, haben auch weniger Möglichkeiten, von den Ressourcen und dem Angebot des Zusammenhalts wirklich zu profitieren. Diese Form von Teilhabe hängt stark mit Beschäftigungsverhältnis, Familiensituation und dergleichen zusammen.

Nun lassen Sie uns doch den Rückblick wagen in Richtung Wiedervereinigung. Wen haben Sie hierzu befragt und wie wird dieses Ereignis bewertet?

Durch quantitative Erhebungen ebenso wie qualitative Interviews und Fokusgruppen haben wir ein tieferes Verständnis dafür gewonnen, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Wahrnehmung der deutschen Einheit sich über verschiedene Bereiche der Gesellschaft entwickelt haben.

Zusammengefasst unterscheidet sich der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht so sehr zwischen Ost und West. Ebenso lassen sich die sozioökonomischen Lagen nicht mehr einfach nach Ost und West auseinanderdividieren. Es gibt Regionen etwa im Ruhrgebiet, die sozial und ökonomisch



STEPHAN VOEL studierte Soziologie, Sozialanthropologie und Geschichte. Er leitet das Programm „Lebendige Werte“ der Bertelsmann Stiftung, das zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Bedeutung von Religion und Werten arbeitet. Das folgende Gespräch stützt sich auf 2020 erschienene Studien der Stiftung.

ebenso strukturell benachteiligt sind wie bestimmte Bereiche in den früheren östlichen Bundesländern. Insofern lässt sich der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht nach Ost und West unterscheiden, sondern vielmehr nach sozioökonomischen Faktoren und der persönlichen Lebenssituation.

Den Diskurs wiederherstellen

Sicherlich ist das Narrativ der deutschen Einheit in Teilen unterschiedlich. Für Befragte aus den alten Bundesländern bleibt die Wende doch ein eher abstraktes Datum, was auf die persönlichen Biografien kaum Einfluss hatte. Für die Befragten aus den sogenannten neuen Bundesländern ist das anders. Da haben sich die Biografien häufig doch wesentlich verändert. Bei vielen bleibt das Gefühl, etwas verloren zu haben und vielleicht auch nicht genügend Wertschätzung für die individuelle Lebensleistung erfahren zu haben. Insofern ähneln sich übrigens die Erfahrungen der Bürger aus den östlichen Bundesländern und die von Migranten, die auch häufig den Eindruck haben, nicht in gleicher Weise zur Gesellschaft dazuzugehören wie westliche Bundesbürger ohne Migrationshintergrund.

Das finde ich ein sehr interessantes Stichwort. Die Journalistin Ferda Ataman schrieb 2019 in ihrem Essay „Eure Einheit, unser Albtraum“, dass MigrantInnen (durch die Wende, Anm. d. Red.) in der Hackordnung weiter nach unten gerutscht sein, weil ArbeitsmigrantInnen nicht mehr gebraucht würden. Wie sehen Sie das?

Ich bin mir nicht sicher, ob ich Frau Ataman, die ich ansonsten sehr schätze, in dem Punkt zustimmen würde. Ich denke nicht, dass wir keine Zuwanderung mehr brauchen. Im Gegenteil: Alles, was wir über die Demographie wissen, zeigt, wir werden weiter auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen sein. Die Selbstverständlichkeit anzuerkennen, dass wir ein Einwanderungs-

land sind, finde ich ausgesprochen wichtig. Das war ja im Grunde auch der Kern der Rede des damaligen Bundespräsidenten Wulff vor 10 Jahren mit dem Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“. Wir sind eine vielfältige Gesellschaft und das ist gut so. Ob Menschen mit Migrationshintergrund in der Hackordnung weiter nach unten gerückt sind? Nein, das glaube ich nicht.

Welchen Einfluss haben populistische Ideologien auf den Zusammenhalt?

Über die letzten 30 Jahre betrachtet sehen wir einen in etwa gleichbleibenden Anteil von Menschen mit antipluralistischen Einstellungen. In den vergangenen Jahren hat sich der Populismus unter ihnen politisch lautstark Bahn gebrochen. Auch wenn die Zustimmungswerte der AfD zuletzt stark geschrumpft sind: Meine Sorge ist, dass sich ein politisches Milieu verfestigt, das Teil unserer parlamentarischen Debatte bleibt, die Grenzen des öffentlich Sagbaren verschiebt und sich damit der gesamtgesellschaftliche Diskurs verändert.

Um dem entgegenzuwirken, müssen wir präziser bestimmen, aus welchen unterschiedlichen Motivlagen sich Unterstützer antipluralistischer Einstellungen rekrutieren lassen, um entsprechend differenziert darauf reagieren zu können. Wir beobachten beispielsweise, dass eine kleine Gruppe, rund zehn Prozent der Befragten, ein anderes Wertefundament vertritt, beispielsweise Anhänger der Idee eines ethnisch homogenen Nationalstaates, wie historisch irrwitzig auch immer diese Vorstellung ist.

Eine zweite Gruppe besteht aus Menschen, die Sorge haben, sie könnten ihren sozioökonomischen Status verlieren. Es ist nun einmal so, dass wir umwälzenden ökonomischen und technologischen Veränderungen gegenüberstehen. Auf dem Arbeitsmarkt wird es möglicherweise Gewinner und Verlierer geben. Die Frage ist, wie offen reden wir darüber und wie gestalten wir

das so, dass wir möglichst viele Menschen für Beschäftigung in Zukunft qualifizieren?

Das einzig „Gute“ an der AfD ist meiner Meinung nach, dass sie viele Nichtwähler dazu bewogen hat, zu wählen; sie nehmen nun am politischen Diskurs teil. Der nächste Schritt muss sein, sich damit aus Sicht der Demokratie nicht zufrieden zu geben, sondern einen Dialog über unterschiedliche Vorstellungen und Erwartungen zu führen.

Und hier bietet die Debatte, die wir derzeit um die Corona-Maßnahmen führen, ein gutes Beispiel dafür, wie wir im Kern politische Debatten führen können, die einerseits evidenzbasiert sind, andererseits aber auch den genuin politischen Aspekt der Güterabwägung transparent machen.

Wohlstand in Gefahr – Zusammenhalt in Gefahr

Wie sieht es mit dem Vertrauen in die Verfassung, in Demokratie und demokratische Institutionen aus? Sie hatten bereits über Gerechtigkeitsempfinden gesprochen.

Das Vertrauen gerade in die politischen Institutionen ist über die Jahre deutlich schwächer geworden. Während der Corona-Pandemie hat sich dies allerdings wieder gewandelt – insbesondere das Vertrauen, das die Regierung genießt, ist über nahezu das gesamte Spektrum der Bevölkerung deutlich gestiegen. In den Vereinigten Staaten, wo praktisch die eine Hälfte der Bevölkerung für und die andere Hälfte der Bevölkerung gegen Corona-Maßnahmen ist, sieht es anders aus. Dort ist der Umgang mit Corona und das Tragen von Masken tatsächlich eine Art Chiffre geworden für grundsätzliche Fragen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Das scheint hier bei uns glücklicherweise nicht der Fall zu sein.

Können wir uns auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland verlassen?

Ich würde sagen, für den Moment ja! Und weil wir wissen, welche Faktoren den Zusammenhalt beeinflussen können, müssen wir uns darauf konzentrieren, diese Dinge zu bewahren. Ein entscheidender Faktor, der in einem engen Zusammenhang mit Zusammenhalt steht, ist Wohlstand. Wenn Länder ihren Wohlstand verlieren, sind sie auch gefährdet, was ihren Zusammenhalt betrifft.

Wie wirken sich internationale Beziehungen auf den Zusammenhalt im Land aus?

Die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten wird sich auch auf die transatlantischen Beziehungen und auf die Frage des amerikanisch-chinesischen Verhältnisses auswirken. Die Frage, wie sich Deutschland und die EU in diesem Kontext positionieren, ist wesentlich, nicht zuletzt für die ökonomische Zukunft Europas.

Werden Sie Ihre Untersuchung fortsetzen?

Wir werden sicherlich weiter der deutschen Gesellschaft auf den Puls fühlen.

.....
Interview: Anna Seifert
- Bucerius Law School -



The Young and Damned

Von den Unmöglichkeiten der heutigen Jugend

Wir befinden uns im Jahre 1920 – der dunkle Samtvorhang am Ende des Gangs wird beiseitegeschoben und es eröffnet sich eine völlig neue Welt. Das bis vor Kurzem noch gedämpfte Stimmengewirr vermischt mit einem ab und an schallenden Lachen, untermalt von jazzigen Tönen, umhüllt einen wie der dicke Qualm der Zigaretten. Schillernde Kleider, glänzende Lackschuhe, viel zu schnell tanzende Paare und bunte Cocktails, die im gedimmten Licht schimmern. Der Krieg ist vergessen, die Wirtschaft erlebt ihre goldenen Zeiten und die Jugend ist überfordert mit den sich ihr bietenden Möglichkeiten. Ein immer fortwährender Rausch aus Überfluss und Enthemmung.

Die Goldenen 20er?

Kein enges Zusammensitzen, keine Zusammenkünfte, kein unbekümmertes Leben. Die letzten Monate – und wohl auch die kommenden – sind voller Entbehrungen, die vor allem ein ansonsten eher ausschweifendes Leben treffen. Und damit insbesondere das der jüngeren Leute.

Das entspannte Feierabendbier lässt sich nicht mehr genießen, Geburtstagsfeiern fallen aus. Sie werden in den virtuellen Raum verlegt oder nur im kleinsten (Familien-) Kreis abgehalten. Zugezogene haben es schwer, an ihrem neuen Wohnort überhaupt Anschluss zu finden – sei es im Job, der ins Home-Office verlegt wurde oder Ersts, denen nur die heimische Couch statt

den Hörsälen bleibt. Unbeschwertes Bewegen, soziales Interagieren und neue Leute kennenlernen – all das, was eigentlich selbstverständlich ist, ist nun *unmöglich* geworden.

Ein Spaßverbot?

Die neusten Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus lassen so gut wie keinen sozialen Freiraum mehr. Bars, Restaurants, Kinos, Museen, Theater, Sportstätten – alle sind wieder vollständig geschlossen. Als Angela Merkel Ende Oktober den gemeinsamen Bund-Länder-Beschluss zu den verschärften Maßnahmen verkündete, erklärte sie: „Veranstaltungen, die der Unterhaltung dienen, sind verboten.“ Also ein komplettes Spaßverbot? Jein.

Enge Räume, enthemmte Stimmung und der Drang, dem Corona-Alltag wenigstens für einen kurzen Augenblick zu entfliehen. Gerade dort, wo Alkohol ausgeschenkt wird, verschwimmen Abstandsgebote zu vagen Empfehlungen. Kombiniert mit dem graukalten Nieselwetter im Herbst/Winter begibt man sich doch lieber ins gemütliche Warme. In den kleinen behaglichen Raum, wo auch schon der ein oder andere sitzt. Zumindest Barschließungen und Alkoholverbot sind nachvollziehbar. Doch was ist mit den Kulturstätten?

Auch Spaß zieht Menschen an. Mangels Möglichkeiten momentan wohl mehr denn je. Ob Theater, Kino oder Zoobesuch, ja

auch Sport macht manchen Spaß. Die Schließungen haben aber primär die Absicht, Menschenansammlungen jeglicher Art zu vermeiden, sodass zufällige Außenkontakte nur noch beim Einkaufen, in der Bahn oder beim Spazierengehen passieren können. Weitere Möglichkeiten, sich ungeplant längere Zeit mit fremden Leuten zu umgeben, gibt es daneben nicht mehr. Gleichzeitig wurde mit dem Versuch, das Infektionsgeschehen so zurückzudrängen, der Spaß indirekt miteliminiert.

Jung, stürmisch, wild – unmöglich, diese Jugend!

Insbesondere die offiziellen Appelle zu Beginn der zweiten Welle richten sich klar und deutlich an die „jungen“ Leute. Klar – jung, stürmisch, wild. Wie soll das zu bändigen sein? Ansammlungen in der Clique, überschwängliches Umarmen, ausgelassenes Feiern und beim Tanzen aneinanderkleben. Es ist der Freiheitsdrang, ein *Sich-lebendig-fühlen*, das fast jeder Mensch irgendwann einmal verspürt und ausleben will. Nein, das passt überhaupt nicht zu Abstandsgebot und Kontaktbeschränkungen. Und da ist doch klar, wer Ermahnungen braucht und zur Verantwortung gezogen werden muss – die Jugend!

Die vielleicht altersbedingte Unbekümmertheit, vielleicht auch co-bedingt durch überwiegend milde Krankheitsverläufe oder Symptomfreiheit, hat eine vehemente Vorwurfshaltung aus den Reihen der älteren

Bevölkerung hervorgerufen. Ja, notorische Maskenverweigerer und Großpartyhoster haben den Ernst der Lage wohl definitiv nicht verstanden. Aber deshalb die gesamte Jugend zu vermaledeien? Es geht dabei schließlich nicht darum, verantwortungsloses Fehlverhalten, insbesondere bewusste Verstöße und Ignoranz, zu tolerieren. Sondern um den Umgang der verschiedenen Generationen miteinander.

Die Alten: Angst vor Ansteckung, Angst vor dem Tod, Angst vor Einsamkeit

Keinen Respekt, keinen Anstand, kein Verantwortungsbewusstsein. Ganz egal, in welches Jahrzehnt wir schauen, die „Alten“ schimpften schon immer über die „Jungen“. Doch scheint die Corona-Pandemie den Konflikt weiter zu verschärfen.

Und welches Bild haben die Jungen von den Alten? Einerseits schaut man auf zu Menschen mit Erfahrung, die alles schon einmal erlebt zu haben scheinen. Andererseits geht das Alter aber auch mit einer besonderen Verletzlichkeit einher. Angst vor Ansteckung, Angst vor dem Tod oder Angst vor Einsamkeit. Für viele ältere Menschen sind Krankenhäuser und Altersheime etwas, das sie lieber vermeiden würden. Herausgerissen aus gewohnter Umgebung und Konfrontation mit der abnehmenden Selbstständigkeit. Und damit dem Annähern an den Zustand der Hilflosigkeit und auch der Endlichkeit des eigenen Lebens. Die Pandemie kommt in dieser ohnehin schon schwierigen Situation als weitere Belastung hinzu. Besuch darf nicht mehr kommen und auch intern wächst die Anspannung. Selbst die Kontakte untereinander wurden beschränkt. Wenn Pflegekräfte erkranken, schlägt dies noch einmal ganz andere Wellen. So verzeichnet die Telefonseelsorge einen enormen Zuwachs Älterer, die dort mit ihren Ängsten anrufen. Das Gefühl der Einsamkeit und Verunsicherung wächst. Eine Änderung ist ungewiss. Die Jungen haben Verständnis für die Sorgen der älteren Generation.

Die Jungen: Zu Beginn Frustration

Doch sollte man sich ebenfalls vor Augen führen, dass beispielsweise den heutigen Abschlussklassen ein tiefer Einschnitt widerfährt. Ob Abitur, Ausbildung oder Studium – eine Feier wird es nicht geben. Was bedeutet der geschaffte Abschluss denn noch, wenn dessen Erreichen nur ein Tag wie jeder andere ist? Was passiert, wenn die Jobsuche zur Dauerbeschäftigung wird, weil Unternehmen lieber entlassen, anstatt zusätzliche Mitarbeiter einzustellen? Zu Beginn Frustration.

Denn was gibt es Schlimmeres, als wenn das Leben wortwörtlich auf Pause gestellt wird. Ohne Abfederung geht es in den Tiefsturz. Es zeichnet sich eine Perspektivlosigkeit ab. Denn was bleibt? Studieren aus dem Home-Office, (wieder) bei den Eltern wohnen. Das ist höchstens Rückwärtsgang, anstatt sich zu entfalten und seine Träume und geschmiedeten Pläne in die Tat umzusetzen. Kein Work&Travel, keine O-Woche, keine Erstipartys – stattdessen stehen *Beerfriending* und virtuelle Pubquizzes auf dem Plan. Ja, eine kreative Alternative. Aber nein, nicht dasselbe. Man muss zugeben, solange durch einen wirksamen Impfstoff keine langfristige Abhilfe geschaffen wird, stiehlt die Pandemie den Jungen ihre Jugend. Sie sind zwar keine *lost generation*, aber dennoch bedeutet die momentane Situation vielfach vergeu-

dete Zeit, verpasste Chancen. Verlebt, ohne richtig gelebt zu haben. Eine Art „verlorene“ Jugend eben.

Was bleibt, ist Existenzlosigkeit

Noch viel gravierender als ein „verpasstes“ Studentenleben ist dieser andauernde Stoppzustand und insbesondere der angespannte Arbeitsmarkt. Angst vor der Existenzlosigkeit macht sich breit. Davon sind besonders dramatisch Auszubildende in der Hotel- und Tourismusbranche betroffen. Ebenso stehen

kreative Bereiche vor dem Aus. Und auch andere Berufsfelder sind betroffen, in denen zuvor schon nicht ausreichend Stellen zur Verfügung standen. Stellenangebote werden tendenziell noch knapper. Unternehmen bemühen sich primär darum, ihre bisherigen Mitarbeiter*innen halten zu können. Sekundär Leute zu entlassen. Neuanstellungen werden in diesen Zeiten kritischer denn je hinterfragt. Wie soll man sich in dieser Ausgangslage etwas aufbauen? Wie kann man unabhängig von externen finanziellen Hilfen so (über)leben?

Gereizte Grundstimmung – mehr als nur ein Generationenkonflikt

Die Pandemie zerrt an allen Nerven. Es kostet viel Mühe, Zeit und Geld, diese zu überstehen. Doch dürfen weder Angst noch Wut die objektive Wahrnehmung trüben. Frustration oder Genervtheit sollen nicht rechtfertigen, dass gegen Abstand oder Kontaktbeschränkungen verstoßen wird. Aber genauso wenig dürfen ganze Gruppen unreflektiert verurteilt werden. So wenig wie die Ängste der Großeltern als Überemp-

findlichkeit in Frage gestellt werden, so dürfen Existenzängste und der Wunsch nach Stabilität, der Wunsch zurück zur „alten Normalität“ nicht als Ignoranz abgestempelt werden. Es ist eine schwierige Zeit für alle von uns, in der es wichtiger ist als je zuvor, zusammen zu halten.

.....
Isabelle Stein

- Bucerius Law School -

„Zusammen!“ und was übrigbleibt

Wenn Inflation die politische Sprache erobert

Es ist, als würd' die Nacht zum Tag, die Welt ist hell und grell zu seh'n, die Uhr, wenn man ihr glauben mag, zeigt doch schon abends weit nach zehn. Was ist gesch'eht? Ihr glaubt's mir nicht, was ich erfand, die Lampe, so von mir benannt, am Tag wie nachts lässt's werden Licht. Ein kleiner Draht, ein bisschen Strom und schon ...

Ich gebe zu, das war ein bisschen dick aufgetragen, so richtig weit ist es nicht her mit meinem Geschenk an die moderne Welt. Seine hellen Momente mit der Glühbirne hatte Thomas Alva Edison bereits 1879 – Thénard, Swan und Co. noch davor. Und egal wer sie am Ende erfunden hat, ich war es ganz sicher nicht. Ihr habt mich und meine unseriösen Praktiken enttarnt. Was mache ich nun also, voller Drang, die Welt zu verändern, zu verbessern, ja zu revolutionieren, aber nicht reich genug an klugen Einfällen und Durchhaltevermögen, wirklich etwas zu bewegen? Meine Situation scheint aussichtslos und mein Latein ist bereits vor Jahren kläglich verendet. Nun ist guter Rat teuer. Und das geht nicht nur Glühbirnenschwindlern wie mir so. Aber es gibt doch schließlich eine Zauberformel, die magische Kombination aus Buchstaben und Pathos, die Spaltern und Hetzern wie Hatern und Ketzern den Angstschweiß ins Gesicht treibt und die ein ganz ähnliches Problem hat. Die Rede ist von „zusammen“, „Zusammensein“, „Zusammenhalt“ und allem, was diese Wortfamilie sonst noch so hergibt.

(K)eine gute Idee

So sehr wie sich alle elf Sekunden ein gewisser Werbespot auf irgendeinem halbseidenen TV-Sender abspielt, so sehr habe ich den Eindruck, meint alle elf Tage ein besonders besonderer Politiker, die Politik neu erfunden zu haben. Dieser vielversprechenden Ankündigung folgt dann nur zu oft eine gebetsmühlenartige Predigt über die Spaltung des Landes, die Verrohung der Sprache, das Vereisen des gesellschaftlichen Klimas und die Vereinsamung des Menschen. Gut nur, dass die Lösung gleich mitgeliefert wird: „Wir brauchen ein neues Miteinander, wir zusammen statt jeder allein“. Oder im Kern eine Idee wie ein Begriff: „Zusammen!“.

Diese Masche, eine alte Idee wieder rauszukramen, neu zu verpacken und als die eigene zu verkaufen, ist so dreist wie die meinige – und doch, diese Masche hat Erfolg. Wenn man das so nennen möchte. Kurzfristig zumindest. Denn mit „zusammen“ verbindet

jeder etwas. Nicht nur acht Buchstaben oder ein Wort, sondern ein unweigerliches Gefühl von Wärme, von geliebten Menschen, Tieren und anderen Begleitern, die das Leben erträglich machen. Ein Gefühl einer angenehmen Atmosphäre – die Coolen unter uns würden von einem vibe sprechen – in der man sich wohlfühlen kann. Ein Gefühl, das gefühlt in vielen Bereichen im Leben, wo es sein sollte, nicht ist. In anderen Worten, „zusammen“ weckt in uns allen eine konkrete Idee. Dabei bleibt „zusammen“ aber so unkonkret, dass es stets Projektionsfläche für unsere eigenen Sorgen, Wünsche und Bedürfnisse sein kann. Das ist geschickt von unserem Politiker, der alle mitnimmt, ohne etwas auszusagen, sogar ohne überhaupt wirklich viel zu sagen. Viel Gerede, wenig Konkretes, das ist ein Problem. Aber ein lösbares. Denn „zusammen“ ist hier vielleicht eine Floskel, dieser können jedoch ohne Weiteres politische Inhalte folgen.

Wirklich keine gute Idee

Die Antwort „Zusammen!“ auf die Spaltungen in der Welt birgt aber noch ein weiteres Problem. Und das ist viel gravierender. Es ist die zwangsläufige, brutale Selbstentwertung dieses schicken Postulats als neuer Leitgedanke unserer Gesellschaft und die Blindheit derer, die diesen vertreten. Was bedeutet das? Was spricht denn gegen ein Miteinander in einer Zeit, wo jeder sich selbst mehr und mehr der Nächste zu sein scheint? Das ist am besten an einem Beispiel zu erklären: Wenn ich mit jemandem zusammen, also in einer Beziehung, bin, was gibt unserem Zusammensein dann die Bedeutung? Nichts, richtig, ich bin ja hoffnungslos single. Mist! Aber wenn ich als eben solcher mit meinem Lieblingsmenschen zusammen sein will, dann bedeutet das, ich will mit ihm eine Beziehung, Romantik, Zärtlichkeit – aber auch nur mit ihm. Ich will ja gerade nicht ein Verhältnis zu ihm haben wie zu jedem anderen, weil mein Lieblingsmensch und ich, wir gehören ja zusammen!

Genau da liegt aber das Problem. „Zusammen“ funktioniert nur durch die Abgrenzung zu etwas anderem. „Zusammensein“ wird erst dann etwas Besonderes, wenn dieser Grad an „Zusammenheit“ beispielsweise unsere Liebesbeziehung von der zu unseren Mitmenschen unterscheidet. Soweit, so schön (oder eben nicht, wenn es nicht klappt). Wenn jetzt jedoch unser toller Politiker sein Credo „Zusammen!“ statt allein für ein neues Miteinander in unserer Gesellschaft ausgibt, dann ist das nicht nur eine leere Hülle (siehe oben),

sondern stark blind bis weltfremd. Wenn jetzt jeder mit jedem „zusammen“ sein, arbeiten, leben oder was auch immer soll, dann ändert sich nichts, denn dann tritt genau der Fall ein, den das Beispiel im Kleinen illustriert hat. Dann wird aus dem Risiko die Realität, dass „zusammen“ sich selbst auffrisst, weil es zu einem Wort ohne tatsächliche Bedeutung wird.

Denn wenn in „zusammen“ alle eingeschlossen sind, dann besteht für „zusammen“ keine Möglichkeit mehr, sich von etwas anderem abzugrenzen, also etwas Besonderes zu sein. Und wenn „zusammen“ nichts Besonderes mehr ist, was ist es dann noch? Nur eine andere Bezeichnung für den Status quo?

Dieses Problem ließe sich nur lösen, wenn wir einen Teil von uns exkludierten, also nur als Teil der Gesellschaft besonders „zusammen“ wären. Dann könnte unser Miteinander zwar sicherlich von diesem Zusammengehörigkeitsgefühl profitieren, weil dieses per Abgrenzung zum Rest der Gesellschaft unserer Gruppe auch eine besondere Verantwortung füreinander zumessen würde. Woher soll diese Zusammengehörigkeit, dieses Verantwortungsgefühl und dieses Miteinander aber kommen, wenn es niemanden gibt, von dem man sich abgrenzen kann, weil ja alle eingeschlossen sind? Andererseits – das Miteinander in einer Gesellschaft kann nicht mit dem Grundsatz „zusammen“ verbessert werden, wenn dafür ein Teil der Gesellschaft ausgeschlossen werden muss, denn dann ist die Gesellschaft ja genau nicht mehr „zusammen“, sondern gespalten. So entwertet sich „zusammen“ zwangsläufig selbst, wenn es auf eine Gesamtheit und nicht auf einen Teil einer Gemeinschaft angewendet werden soll. Es verliert seine Besonderheit, seine Bedeutung, seinen Wert und seinen Sinn. Wir müssen deshalb aufhören, zu glauben, nur mit allen „zusammen“ sei Fortschritt möglich. Wir müssen einsehen, dass „zusammen“ uns nicht zusammenbringt und wir müssen aufhören, scheinbar visionären Politikern und sonstigen Persönlichkeiten oder Sprüchen blind zu folgen. Sonst folgen wir ihnen „zusammen“ in die Unmöglichkeit.

Allein, allein?

So. Das tat weh. Soll es das jetzt gewesen sein? Also doch „alleine“ statt „zusammen“? Ist dem Grundgedanken „Zusammen!“ nicht vielleicht doch etwas Gutes abzugewinnen? Selbstverständlich ist es das und auch das skizziert unser Beispiel: Möchte ich mit jemandem zusammen sein, dann geht es mir

(hoffentlich) nicht darum, mich möglichst stark von meinen Mitmenschen zu distanzieren, also ein in Relation gesehen möglichst schlechtes Verhältnis zu ihnen zu haben (man könnte hier von negativer Abgrenzung sprechen). Das wäre ja widersinnig, meine Freunde bleiben meine Freunde und meine Mitmenschen meine Mitmenschen. Und das ist gut so! Vielmehr will ich doch eine Art positive Abgrenzung, ich will ein möglichst gutes Verhältnis zu meinem special one.

Nun wollen wir uns von diesem Beispiel leiten, aber nicht verhaften lassen. Wer wollte schließlich mit allen zusammen sein? Und mal abgesehen davon, dass sich in dem Fall die Beziehung genauso wie das „zusammen“ selbstentwerten würde, wäre das doch auch rechtschaffen gruselig! Aber das Prinzip lässt sich einwandfrei übertragen, Abgrenzung muss nichts Schlechtes sein. Positive Abgrenzung führt grundsätzlich nicht zur Verschlechterung eines Verhältnisses zu abgegrenzten Personen, sondern zu einer Verbesserung des Miteinanders mit der Person, mit der ich mich von anderen abgrenze. Wenn ich mich nun also in eine Beziehung gebe, werden meine Freundschaften nicht weniger eng. Meine Bindung zu meiner besseren Hälfte dafür umso enger. Zugegeben, keine Regel ohne Ausnahme. Eifersucht, zum Beispiel eines gescheiterten Verehrers, ist möglich, aber solche Ausnahmen stellen wohl kaum die Regel dar und sind – nicht nur im Falle einer Beziehung – eine auszuhaltende Nebenwirkung, welche vom Gewinn im Miteinander überstrahlt wird. So ist positive Abgrenzung nicht nur im Sinne des Bedürfnisses (und der inflationär verschleuderten Forderung unserer selbsternannten Gesellschaftsversteher und Politikhalbgötter) nach mehr „zusammen“ statt allein, sondern auch eine gute Idee für unser Miteinander. Im Falle der gezielten, positiven Abgrenzung bewirkt eben diese also manchmal das Gegenteil von dem, was die Wortbedeutung vermuten lässt. Damit übernimmt sie die Aufgabe ihres Gegenteils „zusammen“, welches wiederum die gleichen Erwartungen nicht erfüllen kann. Oder – von 1300 auf sieben Wörter reduziert – mancher mit manchem statt jeder mit jedem! Ein Gedanke, dem es sich zu folgen lohnt. Aber auch ein komischer, oder?

.....
Philipp Braun

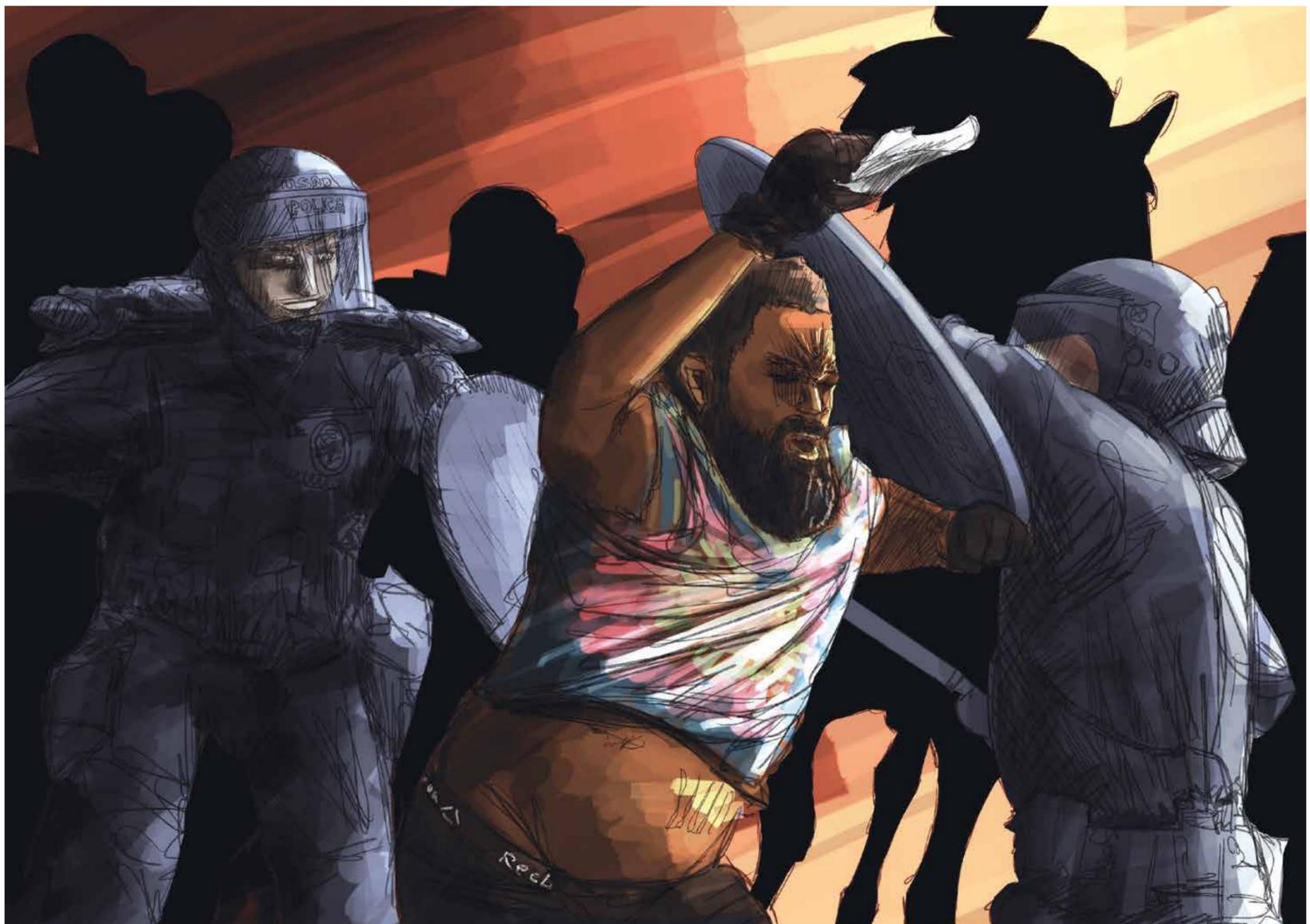
- Bucerius Law School -

Black Lives Matter.

Lafayette Square, 2020

Illustrationen von Philip Heider, Bucerius Law School





„Ich mag den gepflegten Streit“

Am heimischen Schreibtisch diskutieren wir mit Ferda Ataman (virtuell) die großen Fragen: Wie steht es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Welche Rolle haben Journalist*innen in der schnellen Medienwelt von heute? Was müssen weiße Menschen über Sprache und Gesellschaft lernen?



Foto: Sarah Eick

Ferda Ataman ist Journalistin und Publizistin. Sie hat Politikwissenschaften studiert, war auf der Berliner Journalisten Schule und hat danach unter anderem für den Berliner Tagesspiegel gearbeitet. Bekannt wurde sie durch ihre Kolumne „Heimatkunde“ bei Spiegel Online. Sie ist Vorsitzende der Initiative »Neue deutsche Medienmacher«, der größten bundesweiten Vereinigung von Medienschaffenden aus Einwandererfamilien. 2019 hat sie das Buch „Hört auf zu fragen. Ich bin von hier“ veröffentlicht.

Wir kommen nicht darum herum zu fragen: Wie war ihr 2020? Und wie hat sich ihre Arbeit verändert durch diesen ganzen Wahnsinn?

Es ist tatsächlich von Tag zu Tag unterschiedlich, was ich darauf antworten kann. Es gibt Tage, da habe ich wirklich den Eindruck, es gibt viel Gutes auch in diesem Jahr. Ich mag es, wenn etwas passiert. Und dieses Jahr ist ja wirklich sehr spannend und ereignisreich. Und trotzdem beobachte ich das alles mit Sorge. Für mich persönlich war es erst mal ein ganz großer Einschnitt. Auch beruflich, weil ich viel auf Veranstaltungen gehe und mein Geld unter anderem damit verdiene, in der Öffentlichkeit zu reden. Und die gab es dann nicht mehr. Jetzt bin ich auch wie viele andere im Digitalen unterwegs.

„Ich wusste, sie ist da.“

Sie haben sich bereit erklärt, unsere Vorbilder-Reihe wieder zum Leben zu erwecken. Also starten wir nun etwas unsanft mit dem Thema Vorbilder. Hatten Sie welche?

Hm. Früher, als ich noch die Bravo gelesen hab, hatte ich so Schwärmereien. Aber echte Vorbilder? Inzwischen, seit ich im Arbeitsleben bin, habe ich definitiv welche. Es gibt ein paar Frauen in den Medien und in der Politik, die mich sehr inspirieren, bei denen ich denke: okay, so geht das. Das sind Journalistinnen wie Susanne

Biedenkopf-Kürten und Ferdos Forudastan oder die Bundestagsabgeordneten Canan Bayram und Cansel Kiziltepe. Seit ich sie kennengelernt habe, weiß ich: So wie sie will ich mal werden. Ich hätte gerne ihre Gelassenheit, ihre Art sich auszudrücken und zu arbeiten.

Aber was mir im Journalismus auch geholfen hat, sind vorbildliche Texte, nicht nur Personen. Ich hatte eine Dozentin, die sagte: Lesen Sie mal Zeitung und gucken Sie, welchen Text Sie selbst gern geschrieben hätten. Wo wüssten Sie, dass ihr Name drüberstünde? So arbeite ich bis heute! Ich hangle mich an vorbildlichen Leistungen entlang, gar nicht so sehr an Menschen.

Spannend! Mein großes Journalismus-Vorbild war immer die die Kriegsberichterstatteerin Marie Colvin. Deren gesammelte Werke habe ich im Regal stehen. Sind Sie Journalistin geworden, weil Sie Vorbilder in dem Bereich hatten oder haben Sie ihre Vorbilder erst gefunden, als Sie den Berufsweg Journalismus eingeschlagen hatten?

Tatsächlich letzteres. Als ich mein erstes Praktikum im Hauptstadtbüro von Spiegel Online gemacht habe, gab's nicht so viele Frauen. Da war Tina Hildebrandt eine der wenigen Frau in der Print-Redaktion. Wir haben uns nie kennengelernt, aber ich wusste, sie ist da. Wer für mich tatsächlich prägend war, ist Heribert Prantl, der noch lange bevor wir angefangen haben, über

Haltung im Journalismus zu diskutieren, klar Stellung bezogen hat. Ich finde, dass die scheinbare Objektivität gar nicht erst vorgetäuscht werden muss, sondern dass man transparent mit seiner Haltung umgehen kann.

„Ich bin eine Freundin von Meinungsjournalismus“

Ich finde, Sie haben zwei interessante Punkte aufgeworfen. Einmal den Punkt Haltung. Da stellt sich doch die Frage: Was ist die Rolle eines Journalisten oder einer Journalistin heute? Wenn Sie sagen, es muss nicht immer das Objektive sein, es kann auch das Einordnen eine Haltung Beziehende sein? Und: Finden Sie, dass die Medienlandschaft so wie sie heute ist, auf einem guten Weg ist, die Gesellschaft so abzubilden, wie sie eben ist?

Erstmal finde ich, Journalismus ist ein Handwerk. Es gibt Regeln, nach denen man arbeiten muss. Man holt sich verschiedene Perspektiven ein, wenn man einen Bericht schreibt. Man sichert Quellen mehrfach ab. Und: Wenn man die persönliche Meinung in Texte einfließen lässt, dann sollte das sehr transparent sein. Wer diese Regeln nicht berücksichtigt, arbeitet nicht sauber und journalistisch.

Umgekehrt finde ich aber, dass wir in Deutschland eine plumpe Diskussion darüber führen, dass Journalismus „neutral“

sein muss. Wer sich mit Neutralität und Objektivität auseinandergesetzt hat, weiß, dass niemand wirklich neutral und objektiv sein kann. Wir sind alle kein weißes Blatt. Wir Journalist*innen haben auch bestimmte Medien, die wir konsumieren, über die wir beeinflusst sind. Außerdem sind wir Männer, Frauen oder haben ein anderes Geschlecht und sind in unterschiedlichen Milieus großgeworden. Das alles prägt uns. Und das prägt natürlich auch die Berichterstattung und die „Objektivität“, die wir mitbringen. Es ist wichtig, dass wir alle wissen: Niemand ist objektiv. Wir können aber sauber handwerklich arbeiten. Ich bin eine große Freundin von Haltungsjournalismus, wie es manchmal abfällig genannt wird, weil ich glaube, dass es gar keinen anderen geben kann.

Und sind wir auf einem guten Weg? Ist die Diversität der Gesellschaft in der Medienlandschaft angekommen?

Ja, als wir vor 10 Jahren den Verein Neue Deutsche Medienmacher gegründet haben, gab's nicht so viel Diversität im Journalismus. Während meines Studiums hatte ich die Frankfurter Rundschau abonniert, weil dort eine türkeistämmige Journalistin schrieb. Ich habe damals im ganzen Land nur eine Zeitung gefunden, die in der Politik-Redaktion eine Journalistin mit einem türkischen Namen hatte. Das sagt schon sehr viel aus. Als wir uns 2009 gegründet haben, saßen wir an einem Tisch und

merkten, dass jede von uns wahrscheinlich die einzige „Migrantin“ in ihrem jeweiligen Medium war. Die Zeiten sind zum Glück vorbei. Heute hat eigentlich jedes Medium, das ein bisschen größer ist, mehr Journalist*innen aus Einwandererfamilien als früher. Aber trotzdem bilden die Redaktionen noch lange nicht die gesellschaftliche Vielfalt ab. Ungefähr fünfundzwanzig Prozent der Bevölkerung stammen aus Einwandererfamilien, in den Redaktionen haben wir je nach Region und Medium null bis zehn Prozent, so wird geschätzt. Da geht noch was.

Was muss sich ändern?

Früher war es so, dass den zuständigen Leuten gar nicht bewusst war, dass Diversität und Vielfalt wichtig sind. Da sind wir zum Glück weiter, zumindest in der Theorie. Wir haben dieses Jahr eine bundesweite Umfrage unter Chefredakteur*innen gemacht. Und fast alle haben gesagt, Vielfalt sei ihnen schon wichtig – nur wollen sie nichts dafür tun.

Diese Annahme, was gut ist, setzt sich durch, blockiert den Fortschritt. Sie ignoriert, dass es mittelbare Diskriminierung gibt, die es auszugleichen gilt. Viele denken, Diskriminierungen finden nur individuell statt, zum Beispiel, wenn ein Chef jemanden aus Frauenfeindlichkeit oder Ausländerhass nicht einstellt. Die meisten Benachteiligungen fangen viel früher und strukturell an: manche Kinder haben von vornherein einen sehr schweren Weg im deutschen Bildungssystem, andere nicht. Wer kommt in die Hauptschule, wer bekommt die Empfehlung fürs Gymnasium und macht Abitur? Wer studiert? Und dann gibt es noch den Similar-To-Me-Effekt. Personaler*innen stellen eher Leute ein, die ihnen ähnlich sind. Deswegen reproduzieren sich gewisse Kreise immer wieder und ab einer bestimmten Entscheidungsebene sind es eben meistens weiße Männer.

„Dann müssen wir auch über Demokratie sprechen.“

Das Jahr 2020 hat auch für sich in der Redaktion Fragen aufgeworfen. So ist das Thema dieser Ausgabe Zusammenhalt. Und ich bin auch Ihrer Meinung, dass 2020 ein Lehrjahr für alle sein kann. Aber wie? Wo stehen wir, 30 Jahre Wiedervereinigung nach der Wiedervereinigung, fünf Jahre nach „Wir schaffen das“?

Oder auch zehn Jahre nach der Aussage des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, „Der Islam gehört zu Deutschland“! Wo stehen wir beim Thema Zusammenhalt? Puh, das ist eine der großen Fragen, eine Art Gretchenfrage. Für mich stellen sich dabei die Fragen, wer soll zusammenhalten? Und was wollen wir zusammenhalten? Wie viel Uneinigkeit ist in Ordnung? Also ich persönlich mag den gepflegten Streit und finde Polarisierung nicht per se schlecht, oder dass wir Meinungsvielfalt stark ausleben. Da weiß man wenigstens, wo man hingehört. Wenn wir aber vom gesellschaftlichen Zusammenhalt reden, müssen wir auch über die Demokratie sprechen. Was macht unsere Demokratie aus? Und da ist mein Standpunkt, dass sie gerade gefährdet ist und dass wir einen klaren Rahmen brauchen, innerhalb dessen gestritten und Meinungsvielfalt

ausgelebt wird. Den Rahmen haben wir theoretisch: unsere Verfassung. Die finden fast alle Menschen in Deutschland duftend, sie ist der Konsens.

Nur leider gibt es gerade Leute, die in die Fernsehkamera schreien, sie lebten in einer Meinungsdictatur. Und obwohl völlig klar ist, dass das Quatsch ist, werden sie erstaunlich ernst genommen und bestimmen zeitweise die politischen Debatten.

Außerhalb des Konsens-Rahmens

Für mich als Zuschauerin war es zum Beispiel schwer zu ertragen, als Alexander Gauland 2017 nach der Bundestagswahl als neuer Chef der drittgrößten gewählten Partei auftrat, und sagte: „Wir werden euch jagen. Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“ Das wurde unkommentiert den ganzen Abend in der Berichterstattung gezeigt, ohne dass es als eindeutig rassistische, rechtsnationalistische Aussage eingeordnet wurde. Für mich war das schräg, so einen Nazi-Sprech einfach so zu zitieren, wie ein ganz gewöhnliches Statement.

Da stimme ich Ihnen zu. Aber direkt anschließend, so frage ich mich, ob man so nicht gewissermaßen ins selbe Horn wie die bläst, die von gleichgeschalteten Medien sprechen, eine „Sonderbehandlung“ der AfD kritisieren.

Die AfD ist anders als die etablierten Parteien. Sie argumentiert stringent rechtspopulistisch und wirbt um Neonazis als Wähler*innen. Sie verlässt immer wieder den demokratischen Konsens. Da finde ich eine besondere Behandlung schon okay. Wir Journalist*innen haben früher die NPD auch anders behandelt: Sie wurde nicht in Talkshows eingeladen oder ständig nach ihrer Meinung gefragt. Sonst hätte sie den Einzug in den Bundestag vielleicht auch geschafft. Es war immer klar, dass wir mit Neonazis anders umgehen. Die AfD kämpft deshalb sehr darum, innerhalb dieses Konsenses wahrgenommen zu werden.

Wir hatten gerade schon das große Thema Sprache angekratzt. Also wenn ich sehe, welche Begriffe auf einmal eingeführt, neu besetzt werden sollen, und dass die AfD und deren Anhänger sich ein Monopol darauf zu sichern scheinen, diese Begriffe prägen zu können, frage ich mich: Was hat sich sprachlich verändert? Und wie müssen Journalist*innen abwägen, inwieweit sie sich dieser Wortwahl anpassen?

Die angstbehafteten und negativen Debatten über Asyl, Migration und Integration hat die AfD nicht erfunden, das wäre zu viel der Ehre. Das hat Tradition, auch bei CDU, CSU, SPD, FDP und mitunter sogar bei linken Parteien. Rechtsradikale und Rechtsextremisten gehen aber immer einen Schritt weiter, sie reizen das Sagbarkeitsfeld aus und weiten es. Die Frage ist also, wie weit gehen wir mit? Benutzen wir unkritisch Begriffe wie „Deutschenfeindlichkeit“ oder „besorgte Bürger“ und in welchem Framing diskutieren wir? Ich glaube, dass wir im aktuellen Diskurs keine Rückschritte machen, aber zu wenig Fortschritte. Der Rechtsruck ist in Wirklichkeit nur ein stärkerer Fokus aufhaltungen, die schon da waren.

„Integration ist eine Dauerbringschuld“

Was müssen wir generell über unseren Sprachgebrauch lernen? Und was müssen wir ändern?

Zum Beispiel sprechen immer noch viele Menschen von Fremdenfeindlichkeit, obwohl völlig klar ist, dass es nicht um Fremde geht, sondern um Menschen, die als fremd markiert werden. Indem man „fremdenfeindlich“ sagt, übernimmt man die Sicht der Täter*innen auf ihre Opfer. Oder beim Anschlag von Hanau: Viele haben hier noch die Erzählung wiedergegeben, dass ein Deutscher neun Ausländer umgebracht habe. So war das aber nicht. Da hat ein weißer Deutscher neun Deutsche of Color umgebracht, aus rassistischen Motiven. Das zu verstehen und zu verinnerlichen wäre der Fortschritt. Gerade jetzt.

Und das heißt was?

Journalistinnen müssen verinnerlichen, dass sich die deutsche Gesellschaft dramatisch verändert hat in den letzten Jahrzehnten. Bei People of Color und Schwarzen Menschen geht es nicht mehr um eine kleine Minderheit. In vielen Städten sind sie unter jungen Menschen längst die Mehrheit. Auch im Publikum, in der Leser- und Zuhörerschaft sind sie ein wachsender Anteil, die mitsehen und -hören. Dessen sind sich viele Redaktionen offenbar noch nicht bewusst, wenn ich mir ihre Programme so ansehe.

In einem Interview sagten Sie: „Mein Buch heißt zwar „Ich bin von hier, hört auf zu fragen“, aber eigentlich geht es nicht darum, wer was fragt, sondern darum, wie wir das Deutschsein verstehen. Wie verstehen Sie Deutschsein?“

Wir haben in Deutschland leider noch ein abstammungsdefiniertes Bild vom Deutschsein und von Zugehörigkeit. Deutsch ist demnach nur, wer von Deutschen abstammt. Und Leute wie ich, deren Eltern als Migranten nach Deutschland gekommen sind, sind keine richtigen Deutschen. Wir sind „Deutsche mit Migrationshintergrund“, keine Deutschen ohne Wenn und Aber.

Am Fall Mesut Özil kann man das so gut zeigen. Wenn Mesut Özil sich mit Erdogan ablichten lässt, wird er moralisch ausgebürgert und ist ein schlecht integrierter Türke. Wenn ein Otto oder Hermann die AfD wählt, ist er halt ein bisschen Protestwähler oder rechtsradikal, aber er bleibt ein Deutscher. Wir haben nie zu Ende diskutiert, was Integration heißt und wann sie abgeschlossen ist. Stattdessen wird Integration als Dauerbringschuld verstanden. Wer einen Migrationshintergrund hat, ist nur Deutsch auf Probe. Und wenn die Person einen Fehler macht, ist sie wieder raus.

Wer ist das Wir? Wenn wir von Zusammenhalt sprechen, wer definiert das „wir“?

Hier haben wir eine Ungleichzeitigkeit zwischen den Entscheidungsebenen und der Realität in Deutschland. Ich bezweifle, dass alle in der Politik und den Medien ein adäquates Bild davon haben, „wer wir sind“ und von den Verhältnissen in der Gesellschaft. Viele denken nur an wei-

ße Deutsche, wenn sie sich ihr Publikum oder ihre Wähler*innenschaft vorstellen, oder für wen sie diesen Service machen. Sie leben in einer 80er-Jahre-Parallelgesellschaft und glauben, alle Deutschen hießen Herbert und Michaela und sind christlich.

Platz machen

In den Entscheidungsebenen sitzen oft noch weiße Menschen, die nicht mitkommen haben, wie divers unser Land inzwischen ist.

Und das gilt nicht nur für People of Color und Schwarze Menschen. Das Thema betrifft auch Menschen mit Behinderung, mit diversen sexuellen Orientierungen oder Geschlechtern. Wir haben immer noch eine sehr binäre Sicht, gehen oft davon aus, dass es nur Männer und Frauen gibt und alle Menschen heterosexuell sind. Oder, dass fast alle christlich oder atheistisch sind. Diese Standard-Vorstellungen müssen wir hinterfragen.

Welche Schritte sind da nötig?

Wenn wir wollen, dass es sich schneller verändert, dann müssen die weißen, binären, christlichen Heterosexuellen in den Chefetagen Platz machen. Wenn ein Teil der Stellen an Personen geht, die die Privilegien des Standards hinterfragen, dann finden die Debatten schon statt.

Vielen Dank für das spannende Gespräch, Frau Ataman. Zu guter Letzt: Was hätten Sie noch gefragt? Was ist für Sie offengeblieben?

Ein Thema, das mich umtreibt, ist, wie wir wieder ein bisschen entspannter werden und mehr Spaß an der ganzen Sache haben. Ich frage mich manchmal wirklich, ob das schon immer alles so bierernst war oder ob mir das nur so vorkommt. Was meinen Sie?

Mh, interessante Frage. Ich finde, dass viele bei Debatten dazu neigen, die besprochenen Themen hoch zu hängen. Es fehlt tatsächlich ein bisschen Humor! Aber ich frage mich auch ehrlicherweise im Moment, wo soll der herkommen?

Viele scheinen das Gefühl zu haben, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Und die andere Seite ist konsequenterweise im Unrecht.

Debattenkultur kann ja auch sehr lokal funktionieren. Braucht mein Viertel mehr Fahrradwege? Wie kann Engagement in meiner Stadt verstärkt werden? Was ich sagen will ist, vielleicht müssen wir Debattenkultur neu lernen. So könnten Diskussionen die Schwere verlieren.

Was denken Sie?

So oder so: Man darf auch mal einen Scherz machen und über ernste Themen lachen.

.....
Das Interview führte Anna Seifert
- Bucerius Law School -

RECHT & WISSENSCHAFT

Unsere RBGs

Die vielen Gesichter feministischer Rechtswissenschaft

Genau eine Woche vor der US-Wahl wurde Amy Coney Barrett als Verfassungsrichterin am Supreme Court vereidigt. Damit haben die Konservativen mit sechs von neun Sitzen eine solide Mehrheit am höchsten US-amerikanischen Gericht. Das Gericht ist damit zu einem konservativen Bollwerk geworden, das die Entwicklungen in den USA über Jahrzehnte beeinflussen wird. Umso wehmütiger geht der Blick auf Barretts verstorbene Vorgängerin Ruth Bader Ginsburg. Die demokratische Richterin verstarb Mitte September und wurde weltweit betrauert, auch in Deutschland wurde mit vielen Nachrufen von ihr Abschied genommen.

Als Anwältin und Professorin brachte Ginsburg strategisch Gesetze zu Fall, die wegen des Geschlechts diskriminierten. So wurde sie zur rechtlichen Architektin der zweiten Welle der Frauenbewegung in den USA. Nach ihrer Berufung an den US-Supreme Court setzte die demokratische Richterin ihre feministische Agenda mit präzisen Sondervoten fort und wurde als *Notorious RBG* zur feministischen Pop-Ikone: Es gibt Filme über RBG, Poster mit ihrem Konterfei, Ohringe, Actionfiguren (!), Taschen und T-Shirts.

Verglichen damit scheint das deutsche Verfassungsrecht eigenartig gesichtslos. Nach Ginsburgs Tod bedauerten Professor:innen hierzulande deshalb, „dass wir in Deutschland keine solchen female legal role models haben.“

Es stimmt. Es gibt keine T-Shirts, keine Taschen, keine Pop-Art-Poster von feministischen Rechtswissenschaftler:innen in Deutschland. Ehren- und bemerkenswerte Juristinnen, die sich für eine egalitäre Gesellschaft einsetzen, gab und gibt es jedoch mehr als genug. Man muss nur hinsehen.

Lieber gleichberechtigt als später?

Bei einem Blick zurück begegnet uns die Juristin und SPD-Abgeordnete Elisabeth Selbert. „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Diesen kurzen und denkbar folgenreichen Satz erkämpfte Selbert als eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“ unter 65 Mitgliedern des Parlamentarischen Rats. Ihr Formulierungsvorschlag zielte auf Geschlechtergleichheit vor dem Gesetz. Die Reaktionen darauf reichten von Ablehnung bis Hohn. Allen war bewusst, dass das gesamte Ehe- und Familienrecht mit einem Federstrich verfassungswidrig würde. Drei Abstimmungen über Selberts Vorschlag scheiterten. Doch es mobilisierten sich Frauen aller Klassen für verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung und schickten körbeweise Protestschreiben an den Parlamentarischen Rat. Mit Erfolg: Bei der vierten Abstimmung fanden schließlich die Stimmen zehntausender Frauen Gehör – und die fünf klaren Worte Eingang in Art. 3 Abs. 2 unserer Verfassung.

Damit war zwar ein Anspruch formuliert, doch die eigentliche Arbeit stand erst bevor. Wie erwartet mussten große Teile des Privatrechts einschließlich der dahinterstehenden gesellschaftlichen Konzepte neu gedacht werden. Dass dies kein Spaziergang werden sollte, illustriert ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 1966. Dieses oberste Gericht für Privatrechts- und Strafrechtsverfahren urteilte 17 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes zur Rolle der Frau: „Die Frau genügt ihren ehelichen Pflichten nicht schon damit, daß sie die Beiwohnung teilnahmslos geschehen läßt. Wenn es ihr [...] versagt bleibt, im ehelichen Verkehr Befriedigung zu finden, so fordert die Ehe von ihr doch eine Gewährung in ehelicher Zuneigung und Opferbereitschaft und verbietet es, Gleichgültigkeit oder Widerwillen zur Schau zu tragen.“

Im Grunde sagte der Bundesgerichtshof damit nichts anderes als: Im Privaten haben sich Frauen den Männern unterzuordnen. Um diese private männliche Dominanz öffentlich sichtbar zu machen, brachten Feministinnen in den 1970er Jahren gerade solche Themen auf die politische Bühne, die zuvor als „Privatangelegenheit“ höchstens hinter vorgehaltener Hand diskutiert wurden. Ein Meilenstein war 1971 die Aktion „Wir haben abgetrieben!“, die von Alice Schwarzer initiiert wurde: 374 Frauen erklärten öffentlich im *Stern*, eine Schwangerschaft abgebrochen und damit gegen das damals geltende Recht verstoßen zu haben. In diesem politischen Klima wurden in Westdeutschland 1974 Abtreibungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche straffrei gestellt (§ 218a des Fünften Gesetzes zur Reform des Strafrechts).

Damit wurden zwei Schritte vorwärts gemacht, nur um zwei Jahre später einen Schritt zurück zu gehen – und Schwangerschaftsabbrüche wieder unter Strafe zu stellen. Seitdem wird an der Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen festgehalten (§ 218 StGB), auch wenn die Strafbarkeit mittlerweile gesetzestechnisch anders konstruiert ist als noch 1976 und Ausnahmen vorsieht (§ 218a StGB). Viele feministische Rechtswissenschaftler:innen in Deutschland kämpfen deswegen noch immer für ein ausdrückliches Recht auf Schwangerschaftsabbruch – wie von dem US-Supreme Court bereits 1973 in der Grundsatzentscheidung *Roe v. Wade* beschlossen. Mit der erklärten Abtreibungsgegnerin Berrett könnte der Supreme Court *Roe v. Wade* wieder aufheben – es laufen bereits Verfahren zu Abtreibungsgesetzen von 15 Bundesstaaten, die noch auf eine höchstgerichtliche Entscheidung warten.

Papierne Gleichberechtigung

Mit der Politisierung des Privaten in den 70er-Jahren wandelte sich der öffentliche Raum. Der Arbeitsmarkt wurde für Frauen zwar zugänglicher, blieb aber auf Männer zugeschnitten – bis heute: Es sind mehrheitlich Frauen, die für Sorgearbeit wie den Haushalt

und die Betreuung von Kindern und Angehörigen zuständig sind. Dies zwingt Viele, ihre Arbeitszeit auf Teilzeit zu reduzieren. Doch sogar dann, wenn Frauen in Vollzeit arbeiten, bekommen sie weniger Lohn als Männer – bei gleicher Arbeit. Diese sogenannte *Gender Pay Gap* lag laut Statistischem Bundesamt in Deutschland 2019 bei 20 Prozent. Frauen sind zudem sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst stark unterrepräsentiert. Der ungleiche Zugang zum Arbeitsmarkt ist aber nicht nur ein Problem mangelnder Repräsentation. Er hat langfristige materielle Folgen. Altersarmut ist in Deutschland weiblich.

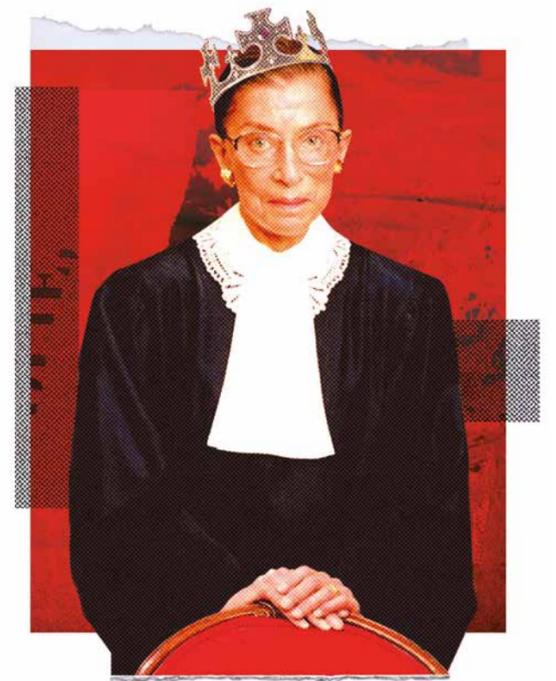
Weil die Teilhabechancen für Männer und Frauen also nach wie vor ungleich verteilt sind, reichen gleiche Rechte nicht. In der Gemeinsamen Verfassungskommission, die im Zuge der Wiedervereinigung einberufen wurde, erstritt insbesondere die SPD-Politikerin Lore Maria Peschel-Gutzeit eine Anerkennung jener bis heute andauernden Missstände. 1994 wurde Art. 3 Abs. 2 GG durch einen neuen Satz 2 ergänzt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“. Damit ist der Staat aktiv in der Pflicht, auch faktisch Geschlechtergerechtigkeit herzustellen.

Werkzeuge feministischer Rechtswissenschaft

Wie aber lassen sich tatsächliche Hürden abgebaut? Gerade bei Sorgearbeit wird gerne mit der „weiblichen Natur“ argumentiert: Frauen blieben nun mal gerne und lieber zu Hause bei den Kindern, da sei rechtlich nichts zu machen. Doch das bayerische Betreuungsgeld – die sogenannte „Herdprämie“ – und das steuerrechtliche Ehegattensplitting subventionieren ein Familienmodell, bei dem eine Person keiner Erwerbsarbeit nachgeht, sondern in der privaten Sphäre Sorgearbeit übernimmt – meistens ist dies eine Frau. Auf diese Art zementiert das Recht bestehende Geschlechterrollen.

Tatsächlich wäre es vermessen vom Recht zu erwarten, dass es Ungleichheiten abschaffen kann. Doch Recht kann Gesellschaften mitgestalten, oder bestimmte Kategorien maßgeblich beeinflussen. In den Worten der Professorin Elisabeth Holzleithner: Recht Macht Geschlecht.

Recht kann auch eingesetzt werden, um Ungleichbehandlungen sichtbar zu machen und gegen sie anzugehen. Darum geht es dem Antidiskriminierungsrecht. Dieses verbietet Benachteiligungen aufgrund rechtlich benannter Kategorien wie Geschlecht oder Religion. Antidiskriminierungsrecht fordert



aber auch Gleichstellungsmaßnahmen. So soll das Entgelttransparenzgesetz die *Gender Pay Gap* reduzieren; Paritätsgesetze sollen Frauen zu gleichen Wahlchancen verhelfen. Dabei sind die Antidiskriminierungskategorien Gift und Medizin zugleich. Die Frauenquote in Aufsichtsräten etwa hilft Frauen, in männlich dominierte Strukturen vorzudringen. Sie knüpft aber rechtlich an die Kategorie Geschlecht an und schreibt so traditionelle Geschlechterrollen fest: Frauen seien unselbstständig und brauchten Hilfe. Aus der Frauenquote wird schnell die Quotenfrau. Das „Normale“ bedarf keiner Kategorie und wird nicht benannt, das abweichende „Anderere“ hingegen schon. Dieses *Othering* markiert: Du bist als Frau hier, nicht als Mensch. Die Professorinnen Susanne Baer und Nora Markard plädieren in ihrem Gesetzeskommentar deshalb dafür, die antidiskriminierungsrechtlichen Kategorien im juristischen Sprachgebrauch nicht als innere Merkmale einer Person zu verstehen, sondern als äußere Zuschreibungen. Als soziale Konstruktionen, die Sexismus, Rassismus und andere Formen der Ungleichheit benennbar machen.

Einzelne Kategorien verleiten ferner zu einem unterkomplexen Verständnis von Diskriminierungen. Rechtlich können Betroffene entweder nur als Frauen oder nur als Gläubige benachteiligt werden, nicht etwa spezifisch als muslimische Frauen. Sichtbar wird das unter anderem im Streit um das Kopftuchverbot für Richterinnen. Feministische Rechtswissenschaftlerinnen wie Professorin Anna Katharina Mangold oder Dr. Nahed Samour machen darauf aufmerksam, dass es kein Zufall ist, dass zwar Christen und Christinnen sowie muslimische Männer das Amt bekleiden dürfen, muslimische Frauen mit Kopftuch dagegen nicht. Dahinter stehen spezifische Stereotype, die erst durch die Verschränkung sexistischer und antimuslimischer Exklusionsmuster erklärbar werden; eine kopftuchtragende Frau könne nicht objektiv entscheiden.

Solche verschränkten Diskriminierungen sind kein neues Phänomen. Schwarze Feministinnen machten in den USA bereits im 20. Jahrhundert auf ihre Marginalisierung aufmerksam. Die US-amerikanische Juristin Kimberlé Crenshaw beschrieb sie 1989 als intersektional (von engl. *intersection* = Verkehrskreuzung). Dabei bringen mehrere Dis-

kriminierungskategorien eine Person in eine subjektive Diskriminierungsposition, wie ein Punkt innerhalb eines mehrdimensionalen Koordinatensystems. Anstatt jeweils das eine oder andere Auge zu verschließen, ermöglicht das Konzept der Intersektionalität, Diskriminierungserfahrungen als Ganze durch beide Augen zu sehen. Gesellschaftlich sind wir alle unterschiedlich positioniert. Hierzu forscht in Deutschland unter anderem das *Center for Intersectional Justice*, das Dr. Emilia Roig 2017 in Berlin gegründet hat. Zugleich schleifen Rechtswissenschaftler:innen wie Professorin Ulrike Lembke und Dr. Doris Liebscher an den rechtlichen Linsen, um intersektionale Diskriminierungserfahrungen auch im Gerichtssaal sichtbar zu machen.

Strategische Prozessführung

Recht bezieht sich nicht nur auf bereits bestehende Kategorien, sondern kann Kategorien auch (ab)schaffen. Illustrativ ist hier der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur sogenannten Dritten Option von 2017. Solange der Staat einen Geschlechtseintrag fordert, muss es für Menschen, die sich dauerhaft we-

der dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zuordnen lassen (wollen), auch eine positive Option geben, anstelle eines bloßen Nichteintrags. Damit postulierte das Bundesverfassungsgericht die Notwendigkeit einer neuen rechtlichen Kategorie, um Körper und Identitäten rechtlich anzuerkennen. Das Gericht stellte es dem Gesetzgeber sogar frei, die Kategorie Geschlecht insgesamt aus dem Personenstand zu streichen. Zu dem Beschluss führte eine zivilgesellschaftliche Initiative für die Dritte Option, die rechtlich von Professorin Konstanze Plett, Professorin Friederike Wapler und Rechtsanwältin Katrin Niedenthal begleitet wurde. Diese sogenannte strategische Prozessführung will das emanzipatorische Potenzial des Rechts nutzen – wie es auch schon RBG mit der *American Civil Liberties Union* getan hat. In verschiedenen Initiativen schließen sich Jurist:innen und betroffene Personen zusammen, um anhand von ausgewählten Einzelfällen eine veränderte Auslegung des Rechts zu erkämpfen. Prominent ist die Arbeit der Gesellschaft für Freiheitsrechte aus Berlin. Gemeinsam mit Anwält:innen wie Lucy Chebout und Friederike Boll kämpft sie etwa

für gleiche elternschaftliche Rechte auch für queere Paare. Nach derzeitiger Gesetzeslage wird als Vater automatisch anerkannt, wer mit der gebärenden Mutter verheiratet ist. Bei gleichgeschlechtlichen Paaren gibt es diesen Automatismus nicht. So müssen lesbische Paare das langwierige Verfahren der Stiefkindadoption durchlaufen, bei dem auch Vermögenssituation und Gesundheitszustand geprüft werden. Homosexuelle Paare müssen sich die Elternschaft also erst „verdienen“, indem sie Familienleben und Geldbeutel offenlegen und jahrelang mit rechtlicher wie persönlicher Unsicherheit leben.

Ausblick

Antidiskriminierung und Gleichheit sind Themen, die erst seit Kurzem im medialen wie politischen Mainstream angekommen sind. Es tut sich einiges: Wir diskutieren über Paritäts- und Landesantidiskriminierungsgesetze, *Black Lives Matter* und den Rassebegriff. Dass wir mit Recht über Diskriminierungen sprechen können, ist unseren feministischen Rechtswissenschaft-

ler:innen zu verdanken. Ihre Ideen werden in Foren und Organisationen jeden Tag weitergedacht. Der Feministische Juristinnentag und der Deutsche Juristinnenbund freuen sich über steigende Teilnehmerinnen- und Mitgliederzahlen. Der Nachwuchs ist gut vernetzt und organisiert; arbeitet hart und twittert laut.

Es stimmt also. In Deutschland gibt es keine *Notorious RBG*. Es gibt hunderte. Und am Bundesverfassungsgericht entscheiden übrigens zum ersten Mal in der Geschichte mehr Frauen als Männer.

.....
Victoria Guijarro, Pia Lotta Storf
und Eva Maria Bredler

- Lehrstuhl für Internationales
Öffentliches Recht und Internationalen
Menschenrechtsschutz (Prof. Dr. Nora
Markard), Westfälische Wilhelms-
Universität Münster -

Wasserstress

Wie Klimawandel und Missmanagement die Wasserressourcen belasten

„Day Zero“ wird der Tag genannt, an dem die Wasserhähne austrocknen und die Wasserversorgung zusammenbricht.

Was nach Katastrophenszenario in einem Horrorfilm klingt, ist 2019 in vielen Teilen der Welt erstmals Realität geworden. In der indischen Millionenmetropole Chennai konnten Bewohner*innen nur noch mithilfe von Tanklastern vor dem Verdürsten gerettet werden. Der Puzhal Stausee, der sonst einen Großteil der 10 Millionen Einwohner*innen der Stadt mit Trinkwasser versorgt, war nach einem extremen Dürrejahr fast vollständig ausgetrocknet. In Südafrikas Millionenmetropole Kapstadt standen die Menschen in kilometerlangen Schlangen, um sich Wasser in ihre Kanister abzufüllen. Paulo Dallari, Staatssekretär des Bürgermeisters in São Paulo in Brasilien, sprach von einer akuten Notfallsituation, als er die Wassersituation in seiner Stadt im letzten Jahr beschrieb.

Klimawandel und Wasserstress

Das World Resources Institute (WRI) stellt fest, dass bereits 17 Länder, in denen insgesamt ein Viertel der Menschheit lebt, unter extrem hohem Wasserstress leiden. Wasserstress wird vom WRI als „extrem hoch“ kategorisiert, wenn die Entnahme von Wasser die erneuerbaren Wasserressourcen um 80 Prozent übersteigt. Die massive Übernutzung durch Landwirtschaft, Industrie und Gemeinden führt dazu, dass schon eine geringe Zunahme von Trockenperioden extreme Auswirkungen zeigt. Durch den Klimawandel gerät das bereits angespannte System weiter unter Druck. Veränderte Niederschläge haben reduzierte Bodenfeuchtigkeit, weniger Oberflächengewässer und geringere Grundwasserneubildung zur Folge. Außerdem nehmen Extremwetterereignisse

wie Dürren und Überflutungen gravierend zu. Das ist in der ganzen Welt zu spüren, betrifft aber die durch Armut und Konflikte betroffenen, vulnerablen Bevölkerungsteile besonders.

Missmanagement und Verschmutzung

Der Klimawandel ist allerdings nicht das alleinige Übel. Verschmutzung und fehlendes Management sowie das hohe Bevölkerungswachstum beanspruchen die Wasserressourcen in vielen Teilen der Welt. In Chennai ist die Bevölkerung in den letzten 100 Jahren von 500.000 Einwohner*innen auf zehn Millionen gestiegen, begleitet von ungeplanter Urbanisierung und einem durch wasserintensive Industrie und Landwirtschaft geprägten Konsum – die Umleitung von Flüssen zerstört dabei genauso vorhandene Ökosysteme wie die Ansiedlung von wasserzehrenden Zuckerplantagen in ehemaligen Feuchtgebieten. Das noch vorhandene Wasser ist durch unbehandelte Abwässer und Industrieabfälle zudem verschmutzt und Ursache von verschiedenen über Wasser übertragenen Krankheiten wie Cholera.

Ambitionierte Ziele

Um dem Abhilfe zu schaffen, verpflichtete sich die Weltgemeinschaft in der Agenda 2030, mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen in den nächsten zehn Jahren einen allgemeinen und gerechten Zugang zu einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser für alle zu ermöglichen. Außerdem ist das Recht auf sauberes Wasser und Sanitärversorgung seit 2010 als Menschenrecht anerkannt. Trotz alledem haben weltweit immer noch 663 Millionen Menschen keinen Zugang zu einer verbesserten Trinkwasserversorgung, fast die Hälfte davon in Sub-Sahara

Afrika, ein Großteil in ländlichen Gegenden.
Wasserstress in Europa und Deutschland

Steigender Druck auf die Wasserressourcen trifft aber auch die nördliche Halbkugel. Unter den Ländern in der Kategorie „hoher Wasserstress“ finden sich mit Spanien, Portugal, Griechenland und Belgien auch europäische Länder. Das wasserreiche Deutschland wird vom WRI in der Kategorie „eher hoch“ geführt. Nichtsdestotrotz leiden von Bremen bis Stuttgart bereits mehrere Regionen unter hohem Wasserstress. Der Dürresommer 2018 zeigt bis heute in den kaputten Wäldern seine Spuren. Wenn sich ein solches Extremwetterereignis wiederholt, könnten auch in Deutschland die Wasservorräte knapp werden. Die Frage, ob Landwirtschaft oder Industrie zu niedrigen Preisen Trinkwasserressourcen zur Verarbeitung nutzen darf, wird in Deutschland eher früher als später ein bestimmendes Thema werden.

Die Auswirkungen unseres Lebensstils

Hinzu kommt, dass Deutschland durch den Import von wasserintensiven Gütern zur erhöhten Wassernutzung in anderen Ländern beiträgt. Dort ist der Zugang zu Wasser oft längst ein Kampf um Leben und Tod. Der massive Rückgang der Wasserfläche des Tschadsees seit den 1970er und 80er Jahren ist beispielsweise eine der Grundlagen für Terrorismus und Bürgerkriege in der Sahelregion. Wegen der mehrere Dekaden andauernden Konflikte benötigen mehr als zehn Millionen Menschen humanitäre Hilfe, etwa zweieinhalb Millionen Menschen sind aus ihrer Heimat vertrieben und fünf Millionen akut von Unterernährung bedroht. Der steigende Wasserdruck durch Missmanagement und Klimawandel verstärkt die Konflikte, die wiederum ein vernünftiges Wassermanagement unmöglich machen. Dies mündet in einer Spirale der Gewalt, die sich ohne ein gemeinsames internationales Vorgehen und humanitäre Hilfe kaum auflösen lässt.

Dabei ist global gesehen genug Süßwasser vorhanden, um das Bedürfnis nach ausreichendem Zugang zu Wasser und Ernährung

zu stillen. Das Problem ist die ungleiche Verteilung. Während die Landbevölkerung im globalen Süden sich entscheiden muss, ob Wasser zum Kochen, Trinken oder zur Bewässerung des Feldes genutzt wird, verbrauchen intensive Landwirtschaft, Massentierhaltung sowie Kleidungsindustrie hierzulande Millionen Liter an trinkbaren Wasserressourcen. Durch den Ausstoß von CO₂-Emissionen verschärft dies die Klimabedingungen für die besonders verletzlichen Bevölkerungsschichten in anderen Teilen der Welt.

Demokratische Verteilung und Innovation als Lösungen

Die meisten Problematiken lassen sich nicht innerhalb einzelner Wirtschafts- oder Lebensbereiche lösen. Der nächste Bericht des WRI wird mit aller Wahrscheinlichkeit ein noch trüberes Bild zeichnen. Eine Abnahme von Wasserstress wurde bisher noch in keinem Teil der Welt beobachtet. Ziel muss ein integriertes Wasserressourcenmanagement sein, das Nutzungsinteressen gegeneinander abwägt und einen demokratischen Prozess zur fairen Verteilung der Ressource Wasser zugrunde legt. Nur so kann die nachhaltige Nutzung des Rohstoffs Wasser auch im 21. Jahrhundert gesichert sein. In Kombination mit einer schnellen Umkehr zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise sowie der Nutzung von innovativen und umweltfreundlichen Ansätzen in der Landwirtschaft, kann das Horrorfilmszenario „Day Zero“ mit trockenen Wasserhähnen und zusammengebrochener Wasserversorgung noch verhindert werden.

.....
Mario Lootz

- Projektkoordinator für nachhaltiges
Grundwassermanagement in Afrika bei
der Bundesanstalt für Geowissenschaften
und Rohstoffe (BGR) -

KUNST & KULTUR

Drei Kaffee

Küchensoziologie beim Kaffeetrinken

Hamburg. Jurist*innen trinken Espresso und fühlen sich damit voll unangepasst; Geisteswissenschaftler*innen trinken Filterkaffee mit Kippe und fühlen sich damit voll unangepasst; Linke Jurist*innen, die sich auch echt für die Gesellschaft interessieren, trinken meist Kaffee Crème und wären auch gern mal unangepasst. Deshalb fangen sie das Rauchen an.

Kurz vor Hamm (Westfalen). Zu meinen Lieblingsorten gehört das Bordrestaurant der Deutschen Bahn. Man müsste fast sagen: Lieblings-Un-Ort, weil verortbar nur, wenn der Zug zufällig steht. Sonst auf Reisen, was bekanntlich eine Entwicklung ist, kein Ort. Außerdem ununterscheidbar, sodass man eigentlich in allen Bordrestaurants gleichzeitig sitzt, falls das irgendwie Sinn ergibt. Eichenfurnier, biedere 2000er-Ästhetik im Transportmittel der Zukunft, rotes Kunstleder. Selbst die Felder hinter dem Fenster tauchen alles in harmonische Gleichförmigkeit. Ich also, morgens kurz vor sieben, irgendwo kurz vor Hamm (Westfalen), lasse mir von einer Dame in DB-Uniform einen Kaffee und ein Käsebrot servieren. Alles auf echtem Porzellan! Die neue Uniform hat übrigens Fernseh-Designer Guido Maria Kretschmer entworfen, was wieder zeigt, dass die Beschaffungsstelle dieses prima Zukunftskonzerns ebenfalls sehr à jour und voll hip ist. Der Kaffee schmeckt jedenfalls ganz hervorragend zu meinem melancholischen Blick über die westfälischen Landschaften, und bezahlbar war er auch. Toll. Und dann passiert ein kleines Wunder. Die Uniform-Frau schaltet Musik von ABBA auf ihrem Handy ein und fängt an, singend durchs Abteil zu tanzen. Bühnenbild, Kostüm, Musik und Schauspiel werden vor meinen Augen zu einer wilden Musical-Fahrt durch die ganze anachronistische Welt der deutschen Trutshigkeit. Und das um kurz vor sieben kurz vor Hamm (Westfalen). Du glaubst es nicht.

Berlin. Die helle Röstung. Schmeckt „fruchtig“ und – im Gegensatz zur dunklen – „etwas interessanter“. Also sitzt man da auf seiner Stahlinstallation von Stuhl, der raw experience wegen, und schlürft avantgardistisch helle Röstung. Schmeckt scheiße. Aber Kunst muss nicht schön sein und Schmerz steigert die Intensität der Erfahrung. Klar. Helle Röstung – super real auch, man schmeckt da echt noch die Kaffeepflanze. „Etwas interessanter“ – generischer Individualismus in Kaffeetassen. Interessant wie der Barista-Dude mit den geometrischen Tattoos und dem schwarzen Shirt, der ihn dir verkauft hat. „Etwas interessanter“ – Weil es erst gut war, wenn es edgy war. Nur lecker, das wäre ja Konsum, halt eine mega rückständige Existenzform. Man trinkt die helle Röstung nicht als Cappuccino, sondern als flat white, der ist stärker, ergo nochmal edgyier (?), und knallt mehr, was auch sehr nice ist. Zahlen kann man nur mit Karte. Helle Röstung – schmeckt irgendwie nach Selbstentfremdung.

.....
Sophia Schamberg

- Bucerius Law School -



Kastanienkönigin

Wieso soll erst drüben
Über den Braunen Buchen
Gewächse der Bäume
Verlassene Zierden
Triftiger Träume
Die Welt beginnen?
Wieso nicht hier?
Wieso nicht in mir?

Wieso soll ich erst springen?
Mein herbstliches Herz hüpf
Doch von alleine, wie hübsch
Ist die Welt in meinem Innern.
Wärmer, wahrer als die draußen.
Vollgepackt mit Flausen
Eingeweide des Erinnerens
Und jenseits aller Gier.

.....
Daria Bayer

- Bucerius Law School -

(Missing) Allyship

Stating allies
do not interfere with the highest
strength
is like saying
the power holding do
not have to lift
their hands
out of their warm laps
where
everything lays still
uprising, up
lifting
not needed, not
desired as if
the interconnection of
our suffering is
inequivalent
to their missing
action.

We are not powerless.
We are the opposite
opposition to all.

But those who do not
hold accountable those
who
have the privilege to
be unrelentless
restful,
those have not
understood
the constitution of power.

.....
Sophia Krist

- Universität Hamburg -

Das Damengambit

64 Felder, 32 Figuren und eine fabelhafte Anya Taylor-Joy. *The Queen's Gambit* ist eine Ode an die Selbstbestimmung.

Ähnlich dem Spiel, dem sich die auf Walter Tevis' Romanvorlage basierende Netflix-Serie widmet, wirkt das Konzept von *The Queen's Gambit* auf den ersten Blick simpel. Elizabeth Harmon wächst Ende der 50er Jahre nach dem tödlichen Autounfall ihrer Mutter in bescheidenen Verhältnissen in einem Waisenhaus in Kentucky auf. Als junges Mädchen, gelangweilt vom schnöden Alltag und offenbar unterfordert von dem dortigen Schulunterricht, schleicht sie sich in den Keller des Heims, um vom Hausmeister das Schachspiel zu erlernen. Schnell wird klar, dass Beth, wie sie in der Serie oft genannt wird, ein Ausnahmetalent ist, dessen Werdegang der Zuschauer in den folgenden sieben Episoden der *Coming-of-Age*-Serie verfolgen kann.

The Queen's Gambit richtet sich zwar thematisch an die breite Masse (mit 62 Millionen Views im ersten Monat ist es die bis dato erfolgreichste Miniserie auf Netflix), möchte aber natürlich auch gerade Schachenthusiasten gezielt in den Blick nehmen. Die Beratung durch Garri Kasparow (Schachweltmeister von 1985–2000) und Bruce Pandolfini (erfolgreicher Schachautor und –lehrer) gewährleistet, dass die Partien realistisch scheinen und gängige Konzepte im Schach zutreffend erläutert werden.

Alte Welten

Die Serie macht insgesamt vieles besser als vergleichbare Werke, die sich dem Erwachsenwerden und dem sportlichen Wettbewerb widmen. Es beginnt mit dem fantastischen Ambiente, in das uns die Serie hineinzieht. Dank dem Production Designer Uli Hanisch (Babylon Berlin) atmet *The Queen's Gambit* die Anmut der 50er und 60er Jahre. Die Kulissen und Kostüme fangen eine Welt ein, in die man sich groteskerweise sofort zurückwünscht, obwohl das Drehbuch zu keinem Zeitpunkt versucht, die Schattenseiten dieser Zeit zu vertuschen.

Beth lebt nämlich in einer Zeit, in der Frauen aus der männlich dominierten gesellschaftlichen Perspektive zumeist noch primär dem Zweck dienen, gut auszusehen und sekundär, sich um die Kinder und den Haushalt zu kümmern. Es verwundert daher nicht, dass Beth von Anfang an nicht die Förderung erhielt, die einem Jungen in derselben Situation aller Wahrscheinlichkeit nach zugekommen wäre. Hinzu tritt freilich, dass auch der Schachsport an sich nicht mit den Förderungsmöglichkeiten verbunden war (und ist), die andere sportliche Tätigkeiten mit sich brachten. Beth muss sich daher zu Beginn unermüdlich selbst beweisen. So bringt der Hausmeister ihr das Spiel erst bei, als sie ihm eindrucksvoll zur Schau stellt, dass sie die Regeln des Schachs nur vom Zusehen bei seinen Solo-Partien erlernt hat. Nach zäher Verhandlung wird es ihr gestattet, bereits als junges Mädchen in einem Highschool-Schachclub zu spielen, dessen Spielerniveau sie aber offenkundig unterfordert. Auch ihre spätere Adoptiv-

mutter weigert sich zunächst, für sie ein Schachbrett zu erwerben. Sie scheint vielmehr darum bemüht zu sein, Beth nach den entbehrlichen Jahren im Heim die materiellen und sozialökonomischen Standards der jungen Frauen dieser Zeit nahezulegen. Daher stehen schöne Kleider weiter oben auf der Liste der Konsumgüter als Gegenstände eines schrulligen Hobbys aus Kindertagen. Die Schachmagazine vom Kiosk muss Beth daher stehlen, um sich gebührend weiterbilden zu können. Die Serie lässt jedoch bis zum Ende offen, ob ihre Erfolgsgeschichte von Beginn an vorprogrammiert war oder ob sie sich nicht vielmehr gerade erst aufgrund der gesellschaftlichen Hürden manifestieren konnte.

Außerhalb der Schachspiele vermeidet *The Queen's Gambit* ein einfaches Schwarz-Weiß-Denken. Viele Figuren, die Elisabeth zunächst mit Vorurteilen begegnen, überwinden ihre schmalspurige Sicht und beginnen sie für das zu respektieren, was sie ist: eine herausragende Schachspielerin. Nichtsdestotrotz ist es kaum zu übersehen, dass Beth als Frau stets in der Bringschuld ist. Je mehr Erfolge sie auf großen Turnieren verbucht, desto mehr Anerkennung kommt ihr zwar dafür zu. Diese folgt jedoch stets auf ursprünglichen Argwohn und andauernde Unterschätzung. Dabei bedient sich *The Queen's Gambit* allerdings nicht einfach nur eines modernen feministischen Narratives, sondern setzt sich auch kritisch mit diesem auseinander: Immer wieder wird Beth mit Personen konfrontiert, die sie auf ihre Vorbildrolle als Frau beschränken, was der Hauptfigur sichtlich unangenehm ist. Sie möchte für ihre Fähigkeiten wertgeschätzt werden und nicht für ihr angeborenes Geschlecht. Beth gelingt es aber selbst bei der Weltmeisterschaft in der abschließenden Episode nicht, gegenüber der breiten Masse die andauernde Sensation und die mit ihr einhergehende Reduzierung auf ihre Weiblichkeit zu unterminieren.

Die Außenseiterin

The Queen's Gambit ist dennoch – anders als es vielleicht der Trailer zu der Serie vermitteln mag – weniger die Geschichte einer Frau, die sich aus den Fängen des Patriarchats befreit, als vielmehr die Geschichte einer talentierten Außenseiterin. Man sieht Beth häufig mit gewöhnlichen sozialen Interaktionen fremdeln. Sie interessiert sich später als ihre Altersgenossinnen für Jungs, Partys und schöne Klamotten und strebt auch sonst nicht die Ideale an, die die durchschnittliche Gesellschaft ihr vorlebt. Dabei gerät sie aber nie in die Opferrolle, sondern grenzt sich bewusst ab und widmet sich lieber ihrem Vorankommen im Schachsport. Ihre immer stärker aufkommende Popularität lehnt sie dabei weder ab, noch genießt sie diese übermäßig. Der Fokus liegt für die Hauptfigur vielmehr im objektiv Feststellbaren: im Gewinnen. Die kleine, endliche Welt der Quadrate und mittelalterlichen Schachfiguren stiftet ihr Sinn in einer Welt, deren Freiheit sie überfordert. Die 64 Felder



Illustration: Léonie Patron (Instagram @chezleonpatron)

des Bretts lassen sich klar erfassen. Die Figuren bewegen sich anhand fester Regeln. Damit geht eine Sicherheit einher, die sich der realen Welt nicht entnehmen lässt: Jeder Vorteil entstammt der eigenen Leistung und jeder Nachteil folgt aus dem eigenen Versagen. Erst die selbstauferlegte Restriktion schafft den Genuss der Eigenverantwortlichkeit und erst die Kanalisierung von Emotionen bewirkt die psychologische Katharsis.

Nach alledem verwundert es nicht, dass sowohl die größte Förderin als auch die größte Hürde im Leben von Elizabeth Harmon die Hauptfigur selbst ist. Trotz der Freunde und Förderer, die Beth mit den Jahren für sich gewinnen konnte, schafft sie es immer nur dann, eklatante Fortschritte zu erzielen, wenn sie sich selbst weiterentwickelt. Um in der gestrigen Welt voranzukommen, zeigt sie sich schon in jungen Jahren stets selbstbewusst. Sie reagiert spöttisch auf Hohn und Anfeindungen, versucht sich soweit wie möglich finanziell unabhängig zu machen und lässt sich nicht durch Gesellschaftsverbände ideologisch instrumentalisieren. Kurzum bricht sie mit dem lächelnden und abnickenden weiblichen Stereotyp der Zeit, was ihr letztlich auch geschlechtsübergreifend Respekt einbringt.

Abgründe

Auf der anderen Seite verfällt Beth immer wieder in depressive Verstimmungstiefen, die sich insbesondere in ihrem exzessiven Drogenkonsum äußern. Der Drogenabhängigkeit kommt in *The Queen's Gambit* eine außerordentliche Bedeutung zu. Sie beginnt schon im Kindesalter, dort aber durch die Heimleitung sogar angeordnet. Später wird sie durch ihre alkoholabhängige Adoptivmutter an den Alkoholkonsum herangeführt und entwickelt in der Folge

selbst eine entsprechende Abhängigkeit. Die Sucht dient hier aber nicht – wie bei amerikanischen Produktionen durchaus üblich – lediglich als Beiwerk, um die Hilflosigkeit einer bestimmten Figur besonders zu untermalen. Vielmehr zeigt sich die Drogenabhängigkeit von Beth in jeder Lebenslage. Sie redet sich ein, sie bräuchte Pillen, um besser Schach zu spielen, alkoholische Getränke, um besser mit Niederlagen klarzukommen, weitere Drogen, wenn sie durch das Gefühl des Sieges berauscht ist. Der Drogenkonsum stellt sich also nach der Intention des Drehbuchs als eine Folge von Erziehung, körperlicher Abhängigkeit, seelischer Überlastung und letztlich auch ungezügelter Hedonismus dar. Dabei wird gerade der Faktor des psychischen Wohlbefindens durch ihre herausragende Intelligenz zutiefst negativ beeinflusst. Durch die Abhängigkeit offenbart sich die niedrige Schwelle zwischen Selbstpflege und Selbstbezogenheit, zwischen Zielstrebigkeit und Perspektivlosigkeit und zwischen Genie und Wahnsinn.

Abschließend möchte der Autor, der sich nicht im Stande sieht, die Botschaft des Werks annähernd so gut zusammenfassen zu können, wie es die Komplexität der Serie verlangen würde, mit einem Zitat aus der Serie selbst enden.

„It takes a strong woman to stay by herself, in a world where people will settle for anything just to say they have something.”

.....
Jasper Tretow
- Bucerus Law School -

Illustration: Valérie Greitens



Autorinnen und Autoren gesucht: Werde Teil der PuG!

Kantig, kritisch, persönlich – die PuG ist die Zeitung von Studierenden für Studierende! Die PuG bietet dir die Möglichkeit, Teil eines Diskussionsforums der anderen Art zu sein: Meinungs austausch und kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Themen, die unsere Gesellschaft und explizit dich beschäftigen. Dir wird eine Plattform geboten, die nicht nur eine große Leserschaft erreicht, sondern auch Raum für Reflexion und argumentativ starke Positionen bietet. Unsere Beiträge stammen von Studierenden und jungen Berufstätigen weltweit; bisher konnten wir Beitragende von ca. 30 Universitäten aus 15 Ländern gewinnen. International vernetzt wirst du die Stimme von morgen im politischen Weltgeschehen. Werde Teil unserer Community und nutze

die PuG als Plattform für deinen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte, ganz egal, in welcher Form: Artikel, Lyrik, Fotoreihen oder Illustrationen – es gibt kein starres Format und keine inhaltlichen Vorgaben. Wir setzen auf die Kraft des guten Arguments und sehen den Wert unserer Zeitung gerade darin, dass sie unterschiedliche Sichtweisen und Ausdrucksformen einander gegenüberstellt und in Austausch bringt.

Für jede Ausgabe geben wir Leitthemen vor, an die du dich halten kannst, aber nicht musst.

Werde kreativ, werde kritisch – werde Teil der PuG-Gemeinschaft!
Wie? Reich uns DEINE schriftlichen Bei-

träge (max. 2000 Wörter) im doc.-Format (Microsoft Word) und DEINE Bilder als jpeg.-Datei ein.

So findest Du uns: sende Deine Beiträge oder Fragen an kontakt@politik-gesellschaft.com. Wir freuen uns auf Deine Nachricht! Außerdem kannst Du unsere Facebook-Seite <https://www.facebook.com/wearepug/> abonnieren, uns bei Instagram folgen ([@politik_gesellschaft](https://www.instagram.com/politik_gesellschaft)) oder unsere Homepage www.politik-gesellschaft.com besuchen!

Bis zur nächsten Ausgabe
DEIN PuG-Team

Join our international community of authors and artists

PuG stands for personal pieces, clear stances and critical thinking – it's the journal by students for students. Make PuG your platform and become part of the debate: PuG brings together students and young professionals from different academic fields and political affiliations as authors and readers and offers them a space not only to share their ideas and views but also their art and poetry. By contributing you become part of an international community of young people from up to now over 30 universities and 15 countries around the world – and it keeps growing.

How do I contribute? Send us anything from opinion pieces, poems, photo series or illustrations to the following e-mail-address: kontakt@politik-gesellschaft.com. We are also grateful for any kind of feedback!

Is there a deadline for contributions? Yes. Watch our website and facebookpage for our call for papers: www.politik-gesellschaft.com and www.facebook.com/wearepug/, or follow us on Instagram [@politik_gesellschaft](https://www.instagram.com/politik_gesellschaft).

However: You can send us your pieces any time – if you've missed the deadline for our current issue, we may just move it to the next one.

Looking forward to hearing from you!
Your PuG-Team

Impressum

Die PuG ist eine Zeitung von Studierenden und anderen jungen Leuten. Gründungs-ort und Sitz der PuG ist die Bucerius Law School in Hamburg. Die Redakteure sind, wenn nicht anders gekennzeichnet, Studierende der Bucerius Law School.

The PuG is a newspaper run by students and other young people for everyone. It was founded and is based at Bucerius Law School in Hamburg, Germany. If not otherwise indicated, our editors are students from Bucerius Law School.

Besonderer Dank gilt der:

Kursbuch Kulturstiftung

Insbesondere ihrem Geschäftsführer,
Herrn Dr. Sven Murmann.

Herausgeber:

Politik und Gesellschaft e.V.

Vorsitzende:

Sophia Schamberg
Marc Philip Greitens

Redaktionsleitung (i.S.d. § 8 HmbPrG):

Anna Seifert
Isabelle Stein

Redaktion:

Amelie Hoffmann
Arlette Greitens
Engeline Eustrup
Friedrich Muche
Henriette Schwermann
Jasper Tretow
Morten Kramme
Philip Steinheuser
Sophia Schamberg
Valérie Greitens

Layout:

Merle Prestin (HAW Hamburg)

Illustrationen:

Philip Heider
Merle Prestin
Léonie Patron

Anschrift Herausgeber und Redaktion:

Politik und Gesellschaft e.V.
Jungiusstraße 6
20355 Hamburg

Alle Beiträge erscheinen, wenn nicht anders gekennzeichnet, exklusiv in Politik & Gesellschaft. Die dabei vertretenen Ansichten sind solche der Autorinnen und Autoren; sie spiegeln nicht zwangsläufig die Ansichten der Redaktion oder der Bucerius Law School wider.

ISSN 1862-0213